

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 116, Samstag, 24. Dezember 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: [1 Euro für den Verteiler](#) & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE68 1001 0123 2493 3614 28 · BIC: QNTODEB2XXX
Herausgegeben von Anselm Lenz, Sophia-Maria Antonulas und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

WO IST DIE »VIERTE GEWALT«, DIE FREIE PRESSE? HIER! Dies ist die 116. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.



Die Schönheit unseres Sieges entfaltet sich

Von Anselm Lenz

Der Nebel liegt schwer in weiten Tälern. Unser Weg endet nur vorläufig am Ende einer Nacht.

Wir machen Rast am Gipfelkreuz und blicken vom Kandel. Der Gevatter hat uns schon verlassen, die letzte Etappe hat er nicht mehr geschafft. Er blieb noch am alten Gasthaus zurück und rief uns nach: »Gehet ihr nur

weiter, ihr Jungen, den Weg vollenden bis zum umfassenden Sieg. Um mich sorget euch nicht mehr. Gürtet nur ihr den Schuh!«

Uns so gingen wir bis hierhin, auf den höchsten Punkt und diese Ellen weiter. Und mein Weggefährte entfaltet das Butterbrot. Ein Apfel, ein Ei. Dazu ein Schluck der Milch wohl von badischer Kuh.

Still liegt unser Land, fast so, als wäre nichts gewesen. Doch die Beine so schwer. Es ist unser Deutschland, das Land, das deutsche, das uns gehört. Unsere Heimat, die uns nährt und die wir lieben und nicht verachten.

Aus letzter schwarzer Nacht weht uns ein Eishauch an die Knöchel. Was sind wir weit gelaufen und sie kommt, ungefragt doch zuverlässig, fast ungnädig und unaufhaltsam, von Osten her. Sie legt ihr rotes Band auf den Horizont, um ihn zu befreien. Ihr Sieg wird nicht ewig währen, nur einen einzigen Tag, aber sie wird unaufhaltsam sein.

Dass die Sonne, schön wie nie ... die Quälgeister vertreiben und die Gerüche der Nacht aus dem Unterholz, aus den Niederungen, mitnehmen wird näher zu sich hinauf, sodass sie nur noch die Lüfte würzen und zarte Flügel der Schmetterlinge tragen.

Der erste Sonnenstrahl feiert das eben noch nächtliche Firmament: Golden. Ein weiterer Tag beginnt, an dem wir nicht von unsichtbaren Gefahren dahingerafft werden, keine Gespenster in unseren Wäldern sehen, in denen wir uns mittlerweile so sicher bewegen wie Förster oder freundliche Jägersleute oder Waldjungen aus weit vergangener Zeit.

☞ Fortsetzung auf Seiten 14 und 15

16 **TSCHÜSS, PROPAGANDA!**
Diese Wochenzeitung
gibts im ABO!

12 **DAS KONSPIRATIVE
MANIFEST**
Neuerscheinung im
Verlag Sodenkamp & Lenz

8 **ES LEBE DIE EROTIK!**
Schauspielerin und
Regisseurin Gabriele Gysi
im Interview

LIEBER MICHAEL,

wir sind noch da! Wir leben noch!
Und wir kämpfen weiter!
Von Herzen eine
besinnliche Weihnachtszeit
und ein kraftvolles
neues Jahr.



NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW116

- Über die Schönheit unseres Sieges, Seiten 1, 14 und 15
- Matthias Burchardt, Preisträger der Republik, Seite 2
- Dr. Werner Köhne: Das Wort des Jahres, Seite 2
- Hilfe für Impfgeschädigte, Seite 3
- Plötzlich und unerwartet, Seite 3
- Gordon Pankalla bleibt sich selbst treu, Seite 4
- Paul Brandenburg über Perversionen, Seite 4
- Meldungen zur politischen Lage, Seite 4
- Nadine Strotmann kämpft weiter, Seite 5
- Professor Bagus: Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Polizisten für Aufklärung, Seite 6
- Der 17. Dezember in Berlin, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Bestandsaufnahme Nummer 2, Seite 8
- Interview mit Gabriele Gysi, Seite 8
- Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- Die Krönung der Unternehmensunkultur, Seiten 9 und 10
- Motor Mittelstand, Seite 10
- Ernst Wolff: Kriegsprofiteure damals und heute, Seite 10
- Felix Feistel über Konflikte auf dem Balkan und mit der Ukraine, Seite 11
- Neuerscheinung: Das konspirative Manifest (Auszug), Seiten 12 und 13
- Christen im Widerstand, Seite 14
- Fortsetzung von Seite 1, Seiten 14 und 15
- Sportchef Thomas Berthold berichtet, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 116. Ausgabe ab Samstag, 24. Dezember 2022. | Redaktionsschluss war am 1. Dezember. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung. Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungserkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (LtG.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. med. Paul Brandenburg, Ullrich Mies, Dirk Satteltaier, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter. **Korrekturat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Sophia-Maria Antonulas, Hendrik Sodenkamp mit Professor Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE68 1001 0123 2493 3614 28. **BIC/SWIFT:** QNTODEB2XXX.

Wir

Ja!

Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie



Humanismus und Aufklärung

Der Preis der Republik geht an Dr. Matthias Burchardt.
LAUDATIO von Walter Weber

Matthias Burchardt war sehr frühzeitig kritisch gegenüber der Bildungsreform. Die Reduzierung des Lehrers auf einen Lernbegleiter stellt aus seiner Sicht eine Deprofessionalisierung dar. Matthias Burchardt (1966 in Köln geboren) ist ein deutscher Philosoph, Pädagoge und Publizist mit den Schwerpunkten Philosophie der Bildung und Anthropologie.

In zahlreichen Publikationen und Vorträgen wendet er sich gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und insbesondere des Bildungswesens. Dafür hat er berufliche Nachteile in Kauf genommen. Er ist Akademischer Rat am Institut für Bildungsphilosophie, Anthropologie und Pädagogik an der Universität zu Köln. Er lebt mit seiner Frau und vier Kindern in Hürth bei Köln. Seinen künstlerischen Ausdruck findet Burchardt als Photograph, Lyriker und Librettist, überdies spielt er virtuos Blockflöte. Natürlich reist er gerne, zum Beispiel nach Frankreich. Matthias Burchard ist sehr aktiv in der Aufklärung der Menschen über das, was gerade in Deutschland passiert. Zusammen mit

Sven Böttcher betreibt er die sonntägliche Sendung »B & B Burchardt und Böttchen – wir müssen reden« – und zwar über das, was nicht in den *Mainstream*-Medien besprochen wird. Häufig ist er zu Gast bei *Kontrafunk*, dem Radiosender von Burkhard Müller-Ullrich. Seit Sommer 2020 ist er auch Mitglied bei »Ärzte für Aufklärung«.

Was ihn umtreibt, ist das Gemeinwesen, unsere Kultur und die Demokratie. Er sieht, dass wesentliche Instanzen des öffentlichen Lebens korrumpiert sind. So ist – laut Matthias Burchardt – das Vertrauen nicht nur in die Institutionen verloren gegangen, auch das Vertrauen in den Nächsten. Alle Maßnahmen des Staates haben uns auseinandergetrieben. Wovon wir leben, sagt er, ist Kontakt, Sehnsucht nach Nähe und Gemeinsinn. Nach all der Spaltung müssen wir uns wieder versöhnen und aufeinander zugehen. So wird aus dieser Krise auch eine Chance.

Mattias Burchardt ist ein Hoffnungsträger für die Menschen in dieser Zeit. Er erinnert uns daran, was Menschsein bedeutet: Gemeinsinn, Liebe, Verbundenheit, Wärme, Nähe! Danke Matthias.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DR. MATTHIAS BURCHARDT. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZER-VEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster,

Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolly, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heika Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Satteltaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöffbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning.

Das Wort des Jahres

EINWURF von Werner Köhne

Olaf Scholz – man glaubt es nicht: Der Recke aus Osnabrück tut sich zu unser aller Überraschung als ein Prophet und Seismograph in schwierigen Zeitläufen hervor. Schon zum zweiten Mal trieb es den jetzigen Kanzler zu einer prägnanten Wortschöpfung, aus der sich unser geschichtliches Geschick ablesen lässt: Zeitenwende ist zum Wort des Jahres gekürt worden.

Entschieden wurde das von der »deutschen Gesellschaft für Sprache«. Einen Tusch dafür! Die Institution für Wort, Sinn und Supervision hat dabei Bezug auf eine Rede von Olaf Scholz nehmen können, in der dieser zu Beginn des Krieges in der Ukraine den Terminus Zeitenwende erstmals verwendet hatte. Aber eine Zeitenwende fand nach Überzeugung der Jury auch im Bereich der deutschen Wirtschafts- und Energiepolitik statt und zuletzt wird in der Begründung Bezug genommen auf eine »emotionale Wende«, die sich dergestalt vollzog, dass die Deutschen wieder Angst vor einem Weltkrieg bekamen.

Eine weise Entscheidung also, die Olaf Scholz sicher stolz macht. Apropos Scholz: War der es nicht auch, der vor zweieinhalb Jahren die Neuschöpfung »Neue Normalität« kreierte? Ob sich diese nun inzwischen eingestellt hat oder doch wieder einer schnöden alten Normalität weichen musste, das sei vorerst dahingestellt.

»ZIVILSATIONSBRUCH«

Dazu ein paar Bemerkungen: Was wir seit fast drei Jahren an irrwitzigen Ereignissen und Entscheidungen erlebt haben, ist durch das Wort »Zivilisationsbruch« zweifellos besser charakterisiert als durch das brave Wort »Zeitenwende«, das jeder Epochenforscher für sich in Anspruch nimmt. Und was die emotionale Wende betrifft, die es sicher gab, da steht eine Erklärung für das Verhalten aller Beteiligten noch aus.

Die Gesellschaft für deutsche Sprache hat jedenfalls in mir den Philosophen, der ich eigentlich gar nicht mehr sein wollte, geweckt. Dieser Philosoph *inside me* rät zu einem angemesseneren Wort des Jahres

– nach einer Sentenz aus einem Song von Rio Reiser »Macht kaputt, was euch kaputt macht.«

DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS

Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den gro- Ben Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter

+49 (0)162 / 63 60 112



In den richtigen Händen

Der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD) hat Ende November 2022 eine Vermittlungszentrale zu Therapeuten für Impfgeschädigte eingerichtet. | Dr. med. Ronald Weigl zieht als Vorsitzender des Vereins nach einem Monat Bilanz.

Sie haben gemeinsam mit dem Verein MWGFD und Prof. Sucharit Bhakdi eine Hotline für Impfgeschädigte eingerichtet. Wie funktioniert die?

Hilfesuchende, die an Nebenwirkungen nach der sogenannten »Covid-Impfung« leiden, können uns anrufen und uns anonym ihre Beschwerden schildern. Unsere Telefonisten suchen dann aus den bei uns registrierten Ärzten, Heilpraktikern oder sonstigen Therapeuten einen passenden in der entsprechenden Region heraus und teilen dem Anrufer die Kontaktdaten des Therapeuten mit. Die Mitarbeiter an der Telefonhotline, die zum größten Teil unentgeltlich arbeiten, bieten selbst keine medizinische Beratung an, sondern vermitteln lediglich an geeignete Adressen. Wir haben bisher knapp 500 Therapeuten, die sich hierzu registriert haben und zur Vermittlung zur Verfügung stehen.

Start der Hotline war der 21. November 2022. Wie viele Menschen rufen dort täglich an?

Die Nachfrage ist sehr groß. An manchen Tagen hatten wir bis zu 200 Anrufe. In der Hotline arbeiten derzeit insgesamt zwölf Telefonisten, an manchen Tagen bis zu vier Mitarbeiter gleichzeitig. Die Anrufe kommen zum Teil auch aus Österreich und der Schweiz. Hier stehen wir auch in Kontakt mit Vermittlungsstellen in diesen Ländern.

Was sind die häufigsten Schwierigkeiten über die die Anrufer sprechen?

Die allermeisten Patienten sind zunächst mal sehr froh und dankbar, dass sich jemand ihrer Probleme annimmt und ihnen glaubt, dass es einen möglichen Zusammenhang ihrer Beschwerden mit der Impfung gibt, weil sie zum größten Teil von ihren Hausärzten, die ja meist diese Impfungen durchgeführt oder befürwortet hatten, diesbezüglich nicht ernstgenommen beziehungsweise

abgewiesen wurden. Die Erleichterung und die Dankbarkeit der Hilfesuchenden endlich Gehör zu finden, erfahren unsere Telefonisten tagtäglich. Zahlreiche Anrufer leiden auch unter großen finanziellen Nöten und beklagen Probleme mit staatlichen Behörden, wenn es zum Beispiel um die Anerkennung der Schwerbehinderung geht.

Von welchen gesundheitlichen Beschwerden sprechen die Betroffenen?

Die Anrufer schildern zum größten Teil erhebliche Nebenwirkungen, die die unterschiedlichsten Organbereiche betreffen. Allen voran werden neurologische Beschwerden geschildert, wie Lähmungen von Gliedmaßen, Sehstörungen, Hörstörungen, starker Schwindel, unwillkürliche Zuckungen, Konzentrationsschwäche und Gedächtnisprobleme, Sprachprobleme, *Fatigue* beziehungsweise starke generelle Erschöpfung, oft verbunden mit Depressionen, aber auch Herzschwäche, Herzrhythmusstörungen, wieder aufgetretene oder schnell wachsende Krebserkrankungen, Durchblutungsstörungen und auch Blutgerinnungsprobleme, Menstruationsstörungen, diverse Hautveränderungen, erhöhte Infektanfälligkeit, neu aufgetretene Allergien, Unverträglichkeiten und vieles mehr.

In der vergangenen Woche hat der Datenanalyst Tom Lausen erschreckende Zahlen zum Sterben nach der Corona-Spritze veröffentlicht, demnach sind die Zahlen der Todesfälle in der Kategorie »plötzlich und unerwartet« nach Beginn der Impfkampagne explodiert. Entsprechen diese Zahlen Ihrer Erfahrung als praktizierender Arzt?

Die von Tom Lausen veröffentlichten Zahlen bestätigen absolut die Erfahrungen,



die ich als Arzt, sozusagen an der Front, seit Beginn der sogenannten Impfungen mache. Mir wurden mittlerweile auch unzählbar viele Schilderungen zu Todesfällen von meinen Patienten aber auch aus dem Freundes- und Bekanntenkreis zugetragen, die im zeitlichen Zusammenhang mit der sogenannten Impfung standen. Als Frauenarzt und auch praktischer Arzt mit dem Schwerpunkt Naturheilverfahren, habe ich in meiner Praxis zahlreiche Betroffene mit zum Teil massivsten Nebenwirkungen betreut und kann auch eine erhöhte Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen und auch schnell wachsende Krebserkrankungen feststellen.

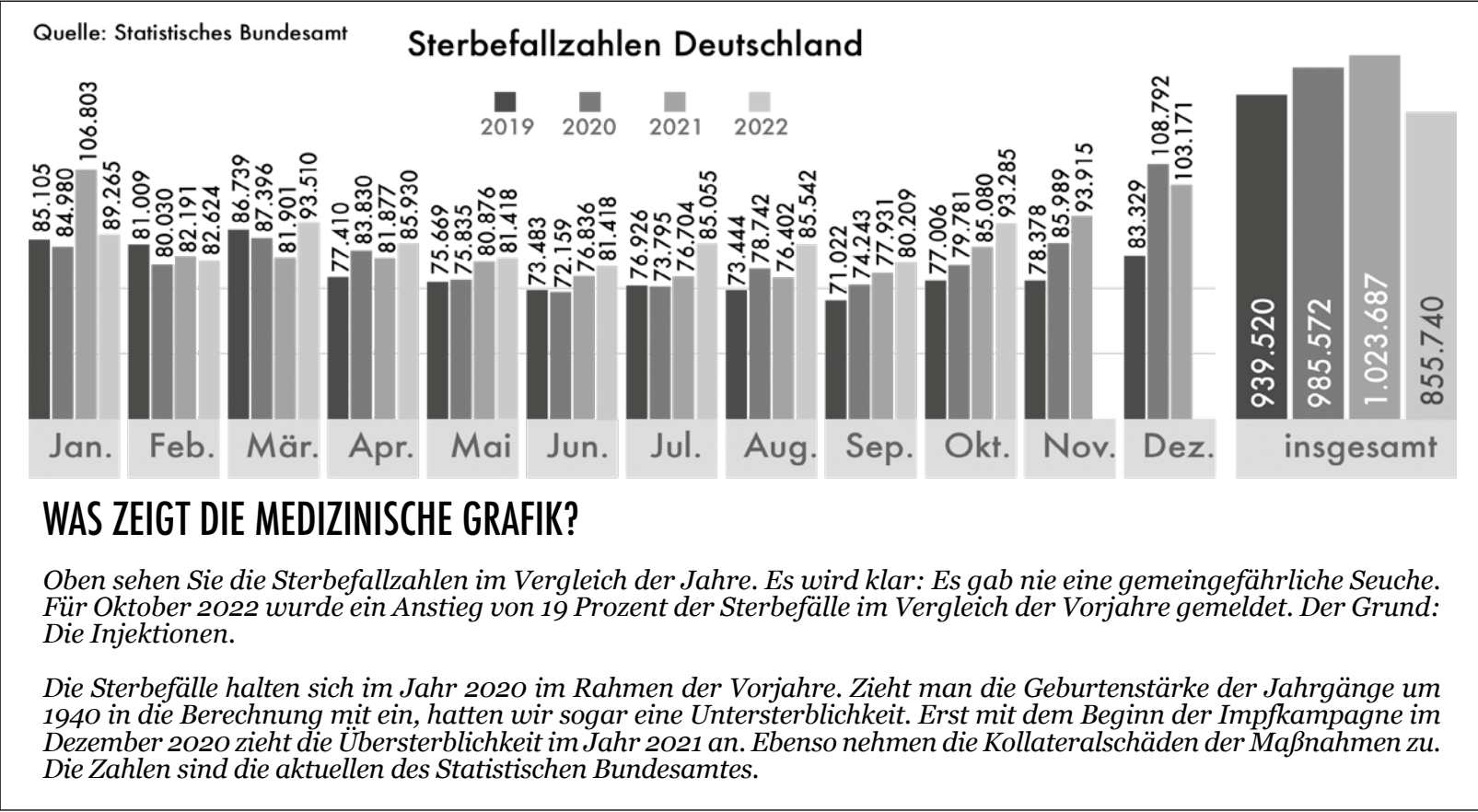
Was sind die Schlüsse, zu denen Sie durch die Hotline kommen?

Die große Zahl von Hilfesuchenden, die sich an unsere Vermittlungszentrale und auch an die Impfschaden- und Impftodesfall-Meldestelle des MWGFD wenden, bestätigt deutlich, wie groß die von den Covid-Stoffen ausgehende Gefahr ist. Die von Mitgliedern unseres Vereins schon lange vor Beginn der Impfkationen vorhergesagten Nebenwirkungen, die ja nichts anders sind als die zu erwartenden Wirkungen dieser genbasierten sogenannten Impfstoffe, sind

nun offenkundig geworden. Die Tatsache, dass mit diesen Substanzen Körperzellen befähigt werden, ein in *Gain of function*-Forschung zusammenkloniertes gefährliches Toxin, das sogenannte *Spike*-Protein selbst herzustellen, ohne kontrollieren zu können, wo, in welchem Ausmaß und wie lange das geschieht, kann mit Fug und Recht als das größte medizinische Experiment oder als Verbrechen der Menschheitsgeschichte bezeichnet werden. Zusammen mit den täglich hinzukommenden aufgedeckten Ungereimtheiten und Skandalen im Zusammenhang mit der Zulassung dieser sogenannten Impfstoffe ergibt sich daraus eine klare Konsequenz: Wir müssen mit Nachdruck den sofortigen weltweiten Stopp dieser genbasierten sogenannten Impfstoffe und die juristische Aufklärung der damit im Zusammenhang stehenden Verbrechen fordern.

Das Interview führte Hendrik Sodenkamp.

Dr. med. Ronald Weigl ist zugelassener Arzt mit Praxis in Passau. Zusammen mit dem Epidemiologen Professor Sucharit Bhakdi und Professor Aris Christidis bildet er den Vorstand des Vereins »Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V.« (MWGFD).



MELDUNG

BUNDESÄRZTEKAMMER
WÄHLT CORONA-IDEOLOGEN

Berlin/DW. Mitte Dezember wurde No-Covid-Initiator Michael Hallek zum neuen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirates der Bundesärztekammer gewählt. Der Hämatologe/Onkologe aus Köln soll dem Gremium für drei Jahre vorstehen. Hallek ist einer der Verfasser des berüchtigten No-Covid-Papiers. Mehreren Medienberichten zufolge hatte der Corona-Maßnahmen-Ideologe vor der Bundestagswahl im Herbst 2021 verkündet: »Die Welt ist nicht einfach in Ordnung, weil wichtige Minister sagen, sie sei in Ordnung.« Hallek hielt das vom damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn angekündigte Auslaufen der pandemischen Lage für »ein völlig falsches Signal«. (sma)

MELDUNG

STRAFANZEIGE GEGEN
BUNDESPRÄSIDENTEN

Bern/DW. Gegen den Schweizer Bundespräsidenten Alain Berset hat der Investmentbanker und Filmemacher Pascal Najadi eine Strafanzeige wegen Amtsmissbrauch eingereicht, wie mehrere Medien berichteten. Najadi fordert, dass die eidgenössische Bundesanwaltschaft Ermittlungen gegen den Bundespräsidenten aufnimmt. Denn Berset habe am 27. Oktober 2021 im Schweizer Fernsehen behauptet: »Mit dem Zertifikat kann man zeigen, dass man nicht ansteckend ist.« Mit dieser Falschaussage habe er zu einer Zweiklassengesellschaft beigetragen. »Eine solche Spaltung verstößt gegen die Verfassung«, so Najadi. Eine entscheidende Rolle spiele auch der Zeitpunkt der Aussage. Die Schweizer Bevölkerung stimmte einen Monat später über die Ausweitung der Covid-Zertifikatspflicht ab. Das Schweizer Strafgesetzbuch sieht für Amtsmissbrauch Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder Geldstrafen vor. (sma)

UNERWÜNSCHTES AUSSIEBEN

Washington D.C./DW. Elon Musk veröffentlichte über eine Gruppe von Journalisten interne Dateien, die beweisen, dass Twitter-Mitarbeiter zensierten und bestimmte Standpunkte unterdrückten. Betroffen war auch Stanford-Epidemiologe Dr. Jay Bhattacharya, er schrieb dazu auf Twitter. »Die Zensur wissenschaftlicher Diskussionen führte zu Maßnahmen wie Schulschließungen. So wurde eine Generation von Kindern geschädigt.« Der Wissenschaftler hatte mit anderen die Great Barrington Declaration verfasst, die die Schädlichkeit der Corona-Maßnahmen aufzeigte. Inzwischen belegen E-Mails, dass Anthony Fauci und der Direktor des National Institutes of Health, Francis Collins, mit Medien zusammenarbeiteten, um das Dokument zu unterdrücken und dessen Autoren zu verleumdten. (sma)

Die Zeit ist die Uhr
deines Herzens

KOMMENTAR von Gordon Pankalla



Zusammenhalt und Liebe sind ansteckend, wie hier in Düsseldorf. Foto: Georgi Belickin

Wenn der Kanzler eine Zeitenwende ausruft, diese auch noch zum Wort des Jahres wird, wir aber bei seiner Zeitenwende nicht mitmachen, sondern uns vorgenommen haben, uns selbst treu zu bleiben.

Das Wort des Jahres lautet »Zeitenwende«. Die Begründung: »Das keineswegs neue Wort, das speziell für den Beginn der christlichen Zeitrechnung, in allgemeinerer Bedeutung auch für jeden beliebigen Übergang in eine neue Ära steht, wurde in diesem zweiten Sinne prominent von Bundeskanzler Olaf Scholz verwendet«. Bei vielen Menschen habe eine emotionale Wende stattgefunden.

Vielfach seien Angst und Sorge vor einem Atomkrieg in Europa oder gar einem dritten Weltkrieg zu spüren gewesen, meint die Jury. Was will uns der Kanzler damit eigentlich sagen, dass wir in der Zeit der Angst leben? Angst vor einem Atomkrieg, Angst vor dem *Blackout*, der Stromrechnung,

Angst, die Ersparnisse zu verlieren, Angst, nicht über die Runden zu kommen, Angst vor Jobverlust, Angst vor Viren, Angst vor dem Klimakollaps, oder Angst, seine Meinung zu sagen.

Wenn Olaf Scholz die neue Ära ausruft, dann mache ich da nicht mit. Ich erwarte von Politikern, dass

sie so handeln, dass Menschen eben nicht in Angst leben müssen. Oder bedeutet das etwa, dass ich Angst vor Veränderungen habe? Früher habe ich SPD gewählt, war sogar Mitglied bei den »Sozis«, aber seit Schröder habe ich den Glauben daran verloren, dass die SPD für eine gerechte Gesellschaft steht. Ein »unglaubliche Erfolg«, wenn die Ampel jetzt Hartz IV als Bürgergeld bezeichnet und 50 Euro drauflegt, was bei einer Inflation von über 10 P rozent einen »Real-Regelsatz-Verlust« bedeutet.

GEMEINSAME
GESELLSCHAFTLICHE ZIELE

Nein, ich bin für eine Veränderung, aber nicht für eine Ära der Armut und Angst. Gemeinsame gesellschaftliche Ziele wären zunächst ausfindig zu machen. Aber immer mehr Menschen wenden sich von einer Gesellschaft ab, die sie dazu zwingen wollte, sich impfen zu lassen. Worüber sich alle Menschen einig waren ist, dass keiner mit einem Weiter-so einverstanden war. Viele waren froh, aus dem täglichen Hamsterrad

rausgekommen zu sein. In diesem Sinne war »Corona« ein notwendiger »Reset« aus der Merkel-Ära des Turbo-Kapitalismus. Auf Dauer wird man eine Gesellschaft nicht mit Angst zusammenhalten können. Es gab auch Zeiten, in denen wir gemeinsam viel Spaß hatten. Wie sieht es denn bei Ihnen mit der emotionalen Wende aus? Hat Ihnen der Spaß auch keinen Spaß mehr gemacht? Oder fahren sie aus Trotz mit ihrem Verbrenner durch die Gegend und hören den Song von Markus: »Ich hab Spaß ... ich geb Gas«? Dann ärgern sie sich an der Tanke, dass das Benzin mehr als zwei Mark und zehn kostet und Sie bemerken, dass wir uns nicht mehr in den 80ern befinden. Nach den »Corona-Regeln« von 2021 sollten sich Ungeimpfte nur noch mit maximal zwei Personen aus einem anderen Haushalt treffen. Dieses Jahr dürfen sie wieder zusammen feiern und Opa zieht seine FFP2-Maske an, um sich nicht am Enkelkind anzustecken – schöne neue Weihnachtszeit.

Sie haben doch von mir hoffentlich keine Antworten erwartet, was diese Zeitenwende bringen wird. Da kann ich Ihnen nur mit einem weiteren Songtext aus den 80ern aushelfen: »Time (Clock of my Heart)« von Culture Club – Zeit (Uhr unseres Herzens). Die Zeit lässt die Verliebten glauben, sie hätten etwas Echtes, die Zeit ist die Uhr unseres Herzens, aber die Zeit wird uns keine Zeit geben. So kurz vor dem neuen Jahr, wünsche ich mir, dass Sie nächstes Jahr das machen, was Ihnen Spaß macht, was Sie persönlich glücklich macht. Ob Sie sich neu verlieben, einen neuen Job finden, egal – aber tun Sie es jetzt!

Denn wenn jeder seine persönliche Zeitenwende beginnt, dann brauchen wir Olaf Scholz nicht, sondern gestalten eine Gesellschaft nach unseren eigenen Wünschen. Keiner wird die Welt retten, ob Klimakleber oder Querdenker, wenn er nicht vorher herausgefunden hat, was ihn selbst wirklich glücklich macht. Denn Liebe und Glück sind bekanntlich ansteckend, und davor haben die Mächtigen die größte Angst. Frohe Weihnachten!

MEDIZINKONSUM AUF KOSTEN
DER SCHWACHEN

KOMMENTAR von Paul Brandenburg

Die Überlastung unserer Krankenhäuser, vor allem ihrer Mitarbeiter, ist real. Der entscheidende Grund: Die Krankenversicherung ist zur Flatrate unseres Überkonsums geworden. So wird das System zwangsläufig unbezahlbar – und immer zynischer.

Es ist 22:30 Uhr in einer Notaufnahme. Gerd A. wird bei der Anmeldung vorstellig, noch im Blaumann seines Arbeitgebers. Sein Rückenschmerz plage ihn furchtbar – schon seit dem Aufstehen. Er habe kaum arbeiten können. Welches Schmerzmittel er schon genommen habe, will die Schwester wissen. »Gar keins. Ich glaube nicht an Pillen. So schlimm ist es auch nicht. Ich dachte, Sie können mir eine Spritze geben.« Auf die Nachfrage, warum er direkt in die Notaufnahme komme, reagiert der Patient ungehalten. »Na man muss doch auch mal abklären, was dahintersteckt.« Und direkt nach der Arbeit habe er erst mal etwas essen müssen. Erst jetzt konnte er den Umweg in die Rettungsstelle auf sich

nehmen. A. ist ob der Rückfrage indigniert. Eine unverschämte Ausnahme? Keinesfalls. So etwas ist klinischer Alltag und Beispiel für unsere Maßlosigkeit bei der Inanspruchnahme sogenannter Notfallmedizin. Das Gesundheitssystem ist geradezu darauf ausgerichtet, die Aufgabe jeder Eigenverantwortung zu befördern. Auf einen Termin beim Hausarzt warten? Lästig. Von Sport zur Vorbeugung von Rückenschmerz ganz zu schweigen. Warum sich als Versicherter solcherlei Anstrengungen unterziehen? Schließlich gehen über 15 Prozent des Monatslohns zwangsweise an eine Kasse, die man selten genug in Anspruch nimmt.

Ein verständlicher Gedanke. Trotzdem bleibt solches Verhalten Versicherungsbetrug, genauer gesagt, Versicherungs-Selbstbetrug. Denn es ist legal, sich in Gesundheitssachen über die Grenze jeder Lebenserfahrung hinaus hilflos zu geben. In Fragen anderer Versicherungen ist das ohne Beispiel. Undenkbar, bei einem verstopften Abfluss sehenden Auges den Wasserhahn laufen zu lassen, um Stunden später den

Klempner zu rufen. Bisher trifft Versicherte kaum Mitwirkungspflicht bei ihrer Gesunderhaltung oder Wiederherstellung. Das führt im Alltag zur Perversion des Versicherungsprinzips und zu einer Grenzenlosigkeit der Leistungserwartung. Ärzte, Pharmavertreter und Politik befördern diese Lüge von allmächtiger und unerschöpflicher Reparaturmedizin mit allen Mitteln.

UNNÖTIGE UNTERSUCHUNGEN
STATT MENSCHENWÜRDIGE PFLEGE

Folge dieser Perversion ist auch, was den bemitleidenswertesten aller Patienten täglich widerfährt. Es sind die Dementen und bettlägerigen Alten. Die Insassen der Pflege- und Altenheime, die mit wachsweißen Verdachtsdiagnosen zwischen Heim und Notaufnahme pendeln. Von ihrer Hin- und Herfahrierei lebt in Deutschland eine ganze Industrie: der Krankentransport.

Zu den »Kunden« gehört auch die 92-jährige Gerda B. Sie spricht seit Jahren kein Wort mehr. Ein Schlaganfall hat ihr die Fähigkeit dazu geraubt. Ebenso die Kraft ihrer Beine und die Vorstellung, wo oder wer sie ist. Wacht B. eines morgens in ihrem Heim einmal später auf als üblich, wirkt sie gar noch verlangsamer als ohnehin, dann ist ihr Schicksal für diesen Tag besiegelt. Die Pflegerin der Frühschicht wird nicht

zögern, den Hausarzt der Patientin B. anzu-rufen. Der stellt per Fax den Einweisungsschein ins Krankenhaus aus (»AZ-Verschlechterung DD Apoplex. Mitbehandlung erbeten«).

Per Rettungsdienst wird Oma B. dann in die Notaufnahme verbracht. Kopfschüttelnd wird der Neurologe ein »CT-Schädel« anordnen – diese Computertomographie soll im Hirn einen Gefäßverschluss oder eine Blutung ausschließen. Wozu? Daß wissen weder die Altenpflegerin noch der Hausarzt, weder der Neurologe noch der Radiologe. Ebenso rat- und schuldlos fühlen sich die Mitarbeiter des Rettungsdienstes oder die Pfleger der Notaufnahme. Sie alle machen ja nur ihren Job. Sie alle arbeiten einen Automatismus ab, der einer kruden Mischung aus wirtschaftlichen Interessen, Verrechtlichung der Medizin und der allgemeinen Grundannahme entspringt: Man müsse so etwas abklären. Eigentlich aber, dass wissen alle diese Profis, muss man das *nicht*. Denn alle Abklärerei bringt Gerda B. nämlich keine Lebensqualität mehr. Unser Überkonsum an Medizin ist so unbezahlbar wie unmenschlich.



Dr. Paul Brandenburg ist Journalist, Arzt und Publizist in Berlin. Er betreibt die Seite [PaulBrandenburg.com](https://www.paulbrandenburg.com).

Bleiben Sie stehen, hier gibt's viel zu sehen!

*Weekly Wahnsinn –
der meinungsstarke Wochenrückblick.*

Das Jahr neigt sich dem zu Ende, und ich kann nicht umher, in dieser Ausgabe ein wenig versöhnlich zu sein. Nicht mit der ganzen Welt, aber mit Ihnen und mit allen, die da draußen unermüdlich um Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. Wenn Sie diese Zeitung in den Händen halten, ist es bereits Weihnachten. Und ich wünsche Ihnen von Herzen, dass Sie dieses große, traditionelle Fest der Christen in guter Gesellschaft verbringen.

Sobald das Zwielficht die Kerzen in der Stube zum Leuchten bringt, der Duft von Keksen und Tannengrün in der Luft wabert, wird es mir so warm ums Herz. Bis heute spüre ich dieses wohlige, und zugleich elektrisierende Gefühl der vorweihnachtlichen Aufregung. Ich gehöre wohl noch zu denen, geprägt von wundervollen Erinnerungen an die eigene Kindheit, die die Adventszeit mit Einkehr, Frieden, Freude und Familie verbinden. Eine weltumarmende Stimmung erfasst mich, ich fühle mich eins mit allem um mich herum, wenn ich abends einsam um die Häuser wandle, und Sterne in Fenstern und am Firmament leuchten sehe. Diese Stimmung ist es wohl, die dieser Kolumne ihre warmherzige Güte verleiht. Also sehen Sie mir bitte eine gewisse Sentimentalität nach, im neuen Jahr werde ich wieder scharf geschaltet sein. Versprochen.

AUCH ICH HABE GEWEINT
UND WAR VERZWEIFELT

Wissen Sie, wir haben ein gutes Jahr hinter uns. Ja, Sie lesen richtig, es war ein gutes

Jahr für die Demokratiebewegung. Wie es jedem von Ihnen persönlich erging, das kann ich natürlich nicht erraten. Ich weiß nur, dass diese Zeit viel von uns allen abverlangt, die sich dem aufziehenden Totalitarismus mit aller Entschiedenheit entgegensetzen. Auch ich hatte Tiefpunkte, habe mich verloren und einsam gefühlt, habe geweint und war verzweifelt. Vielen von uns erging und ergeht es so. Doch haben wir uns immer wieder aufgerichtet. Und alles in allem haben wir gemeinsam viel erreicht. Daran möchte ich Sie heute erinnern, an unsere gemeinsamen Erfolge, an unser Durchhaltevermögen, an unseren Tatendrang.

Wir haben mit den deutschlandweiten Demonstrationen Anfang des Jahres die allgemeine Impfpflicht gegen Covid-19 verhindert. Unermüdlich sind Tausende Menschen auf die Straße gegangen, ob in Dörfern oder Städten, ob im Osten oder Westen, jeden Montag haben die Bürger mit ihrer Anwesenheit bei Wind und Wetter ihre Botschaft den Mächtigen präsentiert und gezeigt, wie Demokratie geht. Trotz aller Verleumdungen und Beleidigungen. Wir haben nicht aufgehört, auf die Gefährlichkeit der sogenannten Corona-Impfung, einer gefährlichen Gentherapie, hinzuweisen: Auf Demonstrationen, in den sozialen Netzwerken, bei Freunden, in unserer publizistischen Arbeit. Und so fanden die drastischen Nebenwirkungen ihren Weg in die Berichterstattung der Haus- und Hofmedien des Regimes. Mit dem Ergebnis: Die von Karl Lauterbach, Gesundheitsminister der SPD, propagierte vierte Impfung bleibt als Ladenhüter in den Impfzentren zurück. Der anhaltende Protest



Die DW-Redaktion freut sich immer, wenn sich Polizeibeamte für unsere Inhalte interessieren. Foto: Georgi Beleckin

auf der Straße hat auch dafür gesorgt, dass der Kinderbuchautor und Wirtschaftsminister – seit neuestem auch Mitglied beim Weltwirtschaftsforum (WEF) – Robert Habeck (Grüne) seine Gasumlage noch einmal weglegte. Das waren nur die großen Geschichten. Die vielen kleinen Erfolge, die jeder von Ihnen erreicht hat, bleiben der großen Öffentlichkeit verborgen, Sie tragen sie jedoch alle im Herzen.

IHRE LÜGEN WERDEN IMMER ABSURDER,
IHRE GESICHTER TRAGEN TIEFE FURCHEN

Im Geiste höre ich Sie dennoch sagen: Ja, das stimmt zwar alles. Aber ist das nicht alles ein wenig zu sehr verherrlicht? Ein Michael Ballweg sitzt immer noch unbegründet in Haft, eine Impfpflicht für die Bundeswehr ist noch nicht aufgehoben, die verantwortlichen Täter der Plandemie sind noch auf freiem Fuß. Ebenso wissen wir bis

heute nicht, wer die *Pipeline Nordstream 2* sprengte, und wir können auch die wachsende Inflation und die explodierenden Gaspreise und Insolvenzen – angetrieben von der transatlantischen Politik der Ampel-Regierung – nicht einfach so stoppen. Ich gebe Ihnen Recht! Der *Great Reset* läuft, er läuft gegen uns. Doch die Verantwortlichen werden nervös. Ihre Propaganda wächst ins Unermessliche, ihre Lügen werden immer absurder, ihre Gesichter tragen tiefe Furchen. Und sie wissen genau: Wir sind noch da! Wir leben noch! Und wir kämpfen weiter! Von Herzen eine besinnliche Weihnachtszeit und ein kraftvolles neues Jahr. – Es bleibt wahnsinnig, bleiben Sie gelassen und bitte widerspenstig.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

»Freiheit und Menschenrechte«

Auszüge aus der Stellungnahme von Prof. Dr. Philipp Bagus, Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Rey Juan Carlos in Madrid, vor dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestags am 30. November 2022.

»Bei den Menschenrechtsverletzungen darf auch vor der eigenen Haustür gekehrt werden. In den Jahren 2020 bis 2022 wurden Millionen von unschuldigen Menschen gegen ihren Willen festgehalten und eingesperrt. Millionen Menschen wurden genötigt, Impfstoffe zu testen. Die körperliche Unversehrtheit wurde durch einen Impfwang für gewisse Berufe verletzt. Es gab viele Politiker, die diese Menschenrechtsverletzungen unterstützt haben und beispielsweise für eine Impfpflicht stimmten. In Österreich wurde diese auch eingeführt. Diese Politiker sollten durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zur Rechenschaft gezogen werden, um zu zeigen, dass Menschenrechte ernst genommen, Verstöße geahndet und Opfer entschädigt werden.«

DER FALSCHER WEG

»Um den Menschen in autokratischeren Systemen zu zeigen, welches System mehr



Jeden Montag auch in Dresden. Foto: Georgi Belickin

Lebensqualität und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten bietet, sollten die Eigentumsverletzungen in Deutschland gemindert, Regulierungen abgeschafft und Steuern gesenkt werden. So hätten die Menschen einen Vergleich mit einer echten Marktwirtschaft. Deutschland könnte Menschen in anderen Ländern als Vorbild dienen. Leider nähert sich Deutschland den autokratischen Ländern an. Die Steuer- und Regulierungslast in Deutschland steigt. Der Staatsanteil am BIP liegt bei über 50 Prozent. Dies ist der falsche Weg.«

AUTOKRATISCHE STAATEN
ALS VORBILD

»Leider haben sich die westlichen Staaten autokratische Staaten als Vorbild genommen.


Die Menschenrechte im Westen werden weiter beschnitten, beispielsweise durch eine subtile Einschränkung der Meinungsfreiheit. Die freien Meinungskorridore werden enger. Die Ausübung von Menschenrechten wird zudem von einem bestimmten Verhalten abhängig gemacht (Stichwort: *social credit score*). So wurden während der Coronazeit bestimmte Menschenrechte, wie die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum, davon abhängig gemacht, ob die Bürger geimpft waren. Die bürokratischen Regulierungen erschweren es Unternehmern und Arbeitern, zu kooperieren und für die Konsumenten kostengünstige Produkte zu erstellen. Die unternehmerische Freiheit wird zunehmend eingeschränkt. Auch die Umweltregulierungen nehmen zu und schränken den Korridor immer weiter ein, in dem Menschen ihr Eigentum verwenden können.«

»Auch wenn der Kommunismus nach der chinesischen Öffnung seit den 1980er Jahren und dem Untergang der Sowjetunion besiegt schien, könnte das Gegenteil der Fall sein. Ähnliches geschah nach 1898 als die USA gegen Spanien siegreich Krieg führten und die spanischen Kolonien Philippinen, Puerto Rico, Guam, and Cuba kontrollierten. Seit ihrer Gründung hatten die USA die Strategie vertreten, sich nicht in

die Belange anderer Staaten einzumischen und niemals ein Imperium aufzubauen. Zwar besiegten die USA das spanische Imperium. Gleichzeitig wurde damit jedoch der Startschuss zum Aufbau eines US-amerikanischen Imperiums gegeben. Fortan mischten die USA in der Weltpolitik mit. Die USA übernahmen die Ideologie des besiegten spanischen Imperiums.«

VERANTWORTLICHE
ZUR RECHENSCHAFT ZIEHEN

»Der ganze Westen hat die freiheitsfeindliche chinesische Ideologie übernommen, welche Menschenrechte hinter die Staatsinteressen stellt. Der Westen hat die chinesische Gesundheitspolitik kopiert, bei der auf die Einhaltung der Menschenrechte keine Rücksicht genommen wird. Es wurden gesunde Menschen eingesperrt, zu Tests gezwungen und zu Impfungen genötigt. Menschen wurden in ihrer Bewegungsfreiheit, ihrem Versammlungs- und Demonstrationsrecht sowie anderen Grundrechten eingeschränkt, während gleichzeitig abweichende und kritische Meinungen an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Die chinesische Politik und Ideologie wurden vom Westen übernommen. Aus der Sicht des Wettbewerbs der Ideen und mit Blick auf den Erhalt der Freiheit und der Menschenrechte gilt es, diese Entwicklung aufzuarbeiten und zu analysieren sowie die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.« (sma)



Leuchtturm

ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3

AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3

BADEN-BADEN: Donnerstag ab 13 • Badener Tagblatt • Wilhelmstr./Langestr.

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee

CHEMNITZ: Montag 18.30 • MDR Sachsenspiegel • Carolastr. 4-6

COBURG: Montag 18.30 • Neue Presse • Steinweg 51

DORNBRIN: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1

ERFURT: Donnerstag ab 16 • MDR Studio • Gothastr. 36

FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8

FREIBURG: Montag ab 16 • Badische Zeitung • Lörracher Str. 3

FÜSSEN: Freitag ab 15 • Allgäuer Zeitung • Kaiser Max Platz 3

HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132

KEMPTEN: Donnerstag 17.40 • BR Rundfunk • Siegmund Ullmann Platz

KIEL: Mittwoch 13.30 • NDR Studio • Schlossplatz 3

KÖLN: Mittwoch 13-18 • Öff. Rundfunkrat • Obenmarsporten 40

KÖLN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Appellhofplatz 1

LANDAU: Donnerstag ab 15 • Rheinpfalz • Ostbahnstr. 12

LÜBECK: Donnerstag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai

MAINZ: Donnerstag ab 16 • ZDF Studio • ZDF Str. 1

MÜNCHEN: Donnerstag ab 18 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5

NÜRNBERG: Donnerstag ab 16 • BR Studio • Wallensteinstr.

OSNABRÜCK: Mittwoch ab 16 • NOZ • Breiter Gang

POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20

RAVENSBURG: Donnerstag ab 17 • Schwäbisch Media • Karlstr. 16

ROSENHEIM: Mittwoch ab 19 • OVB Heimatzeitung • Hafnerstr. 5-13

SAARBRÜCKEN: Mittwoch ab 17 • SR Saarland • Gustav Regler Platz

SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61

SIEGEN: Donnerstag ab 17 • WDR Studio • Am Bahnhof 9

WIESBADEN: Donnerstag 15.30 • Wiesb. Kurier • Langgasse 21

WÜRZBURG: Donnerstag 15.30 • Bürgerdialog • Domplatz

IMMER MONTAGS!

ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister-Scholl-Platz –

ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus –

BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz –

BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke –

BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 –

BERLIN-PANKOW, 17.45 Uhr, Gethsemanekirche –

DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz –

DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus–

EINBECK, 18 Uhr, am Tüll Eulenspiegel Brunnen –

ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus –

FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus –

FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz –

GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus –

GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus –

GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas –

HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus –

KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nahe Kirche –

KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz –

LAUNENBERG, 18 Uhr, am Rathaus –

LÜTTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus –

MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche –

NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz –

ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz –

OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle –

SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus.

KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!





ÜBER 700 MOTIVE!

GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 24.12.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 24.12.2022 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 24.12.2022 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 24.12.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 24.12.2022 2.2.2023 24/h	Berlin, im Domgarten/Museuminsel/Friedrichsbrücke	Friedenscamp
Sa, 24.12.2022 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 24.12.2022 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 24.12.2022 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 24.12.2022 16-19 Uhr	Salzweil, Rathausumplatz	Spaziergang
So, 25.12.2022 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
So, 25.12.2022 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 26.12.2022 19:20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Bad Meinbach, Brunnentempel	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 19:20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlsdorf, Treskowapotheke	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 17:45-21 Uhr	Berlin-Pankow, Gethsemanekirche	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Bernau, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 26.12.2022 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigplatz	Mahnwache
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graff	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:20:30 Uhr	Dreieich, Bürgerpark	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 26.12.2022 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:20:30 Uhr	Erzhausen, Hessenplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Am Römer	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Greifswald, Mühlenort	Demo
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30:20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30:20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 26.12.2022 17:30-20 Uhr	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Salzweil, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:45:20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 26.12.2022 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Tettmang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18:30:20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 26.12.2022 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 26.12.2022 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 26.12.2022 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 27.12.2022 16:30-18:00 Uhr	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz der Schlossstraße	Schilderaktion
Di, 27.12.2022 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 27.12.2022 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 27.12.2022 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 27.12.2022 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 27.12.2022 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 28.12.2022 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 28.12.2022 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 28.12.2022 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 28.12.2022 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 28.12.2022 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 28.12.2022 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 28.12.2022 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 28.12.2022 19:20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 28.12.2022 19:20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Do, 29.12.2022 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 29.12.2022 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 29.12.2022 17:30-19 Uhr	Hanau, Großbauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 29.12.2022 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 29.12.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 29.12.2022 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnent der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 29.12.2022 18-21 Uhr	Warstein, Rathausplatz	Spaziergang
Fr, 30.12.2022 18-20 Uhr	Raefeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 31.12.2022 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 31.12.2022 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 31.12.2022 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 31.12.2022 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 31.12.2022 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 31.12.2022 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 31.12.2022 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 31.12.2022 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 31.12.2022 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 31.12.2022 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 31.12.2022 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
So, 8.1.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Aufzug

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.

Aktuelle Informationen: <https://nichtohneuns.de> + NEWSLETTER ABONNIEREN



VIELE OFFENE FRAGEN

KOLUMNE FREUND UND HELFER | Von Polizisten für Aufklärung

Am 13. Dezember 2022 wurde Herr Dr. med. Triebel freigesprochen. Fünf Verhandlungstage hatte sich die Große Strafkammer des Landgerichts Bochum Zeit genommen.

Der Tatvorwurf lautete auf Paragraf 278 Absatz 1 Strafgesetzbuch – Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse. »Wer zur Täuschung im Rechtsverkehr als Arzt oder andere approbierte Medizinalperson ein unrichtiges Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen ausstellt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.« Ob die Coronaschutzverordnungen beziehungsweise die sogenannten Coronaschutzmaßnahmen rechtmäßig oder rechtswidrig waren, das war nicht Teil dieses Verfahrens und wurde auch rechtlich nicht eingeordnet. Auch wurde die grundsätzliche Schutzwirkung oder das Schädigen durch die Verwendung einer Mund-Nasen-Bedeckungen nicht erörtert. Die Große Strafkammer hat sich einzig und allein auf die Tatbestandsmerkmale des § 278 StGB konzentriert.

Der Verein Polizisten für Aufklärung e.V. hat das Verfahren als Prozessbeobachter begleitet. So richtig und wichtig das Urteil ist, es bleibt ein Geschmäcke. Leider wurden viele offene und grundsätzliche Fragen teilweise im Rahmen des Sachverhaltes nicht gestellt und aufgrund dessen auch nicht beantwortet: Inwieweit dürfen sich die Legislative, Exekutive und Judikative in die ärztliche Berufsfreiheit »einemischen«? Sind Ärzte nicht einzig und allein dem Wohl ihrer Patienten verpflichtet? Warum wurden die Praxisräume und die Privatwohnung von Dr. Triebel teilweise mehrfach durchsucht? Welche weiteren Beweismittel sollten für das Strafverfahren aufgefunden werden? Warum wurde durch den Ermittlungsführer der Polizei aus dem privaten Tagebuch des Arztes zitiert? Aufgrund welchen Anfangsverdachts wurden die ärztlichen Atteste durch Einsatzkräfte der Polizei bei Kontrollen beschlagnahmt? Waren diese polizeilichen Maßnahmen beziehungsweise die Beschlagnahmen rechtmäßig? Unterlagen die als Beweismittel in das Strafverfahren eingebrachten Atteste gegebenenfalls Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverboten? Warum wurde am Anfang der Ermittlungen vermutlich eine TKÜ (Telekommunikationsüberwachung) geschaltet? Wer hat diese TKÜ veranlasst? War die Schaltung der TKÜ rechtmäßig? Welche Rolle spielte der bei der ersten Vollstreckung des Durchsuchungsbeschlusses vermutlich anwesende Beamte des Polizeilichen Staatsschutzes? Existierte bei den Ermittlungen gegebenenfalls von Anfang an eine politische Komponente? Leider werden wir aktuell die Antworten auf diese Fragen nicht erfahren und jeder kann sich nur seine eigenen Gedanken zum Sachverhalt machen. Wir wünschen allen eine schöne Weihnachtszeit.

Weitere Informationen über Polizisten für Aufklärung e.V.: echte-polizisten.de

GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN

Die Demokratiebewegung setzte am 17. Dezember 2022 einen kräftigen Schlussakkord für dieses Jahr, trotz einiger organisatorischer Schwächen. | Von Hendrik Sodenkamp

Die säuselnde Stimme im Radio hatte Minus 3 Grad Celsius angekündigt: Eisig mit Schauern. Aber selbst das war anscheinend gelogen, denn als sich rund 2.500 Demokraten am Samstag, den 17. Dezember, vor dem Brandenburger Tor versammelten, piff ein durchdringender Wind von Westen her über das Gelände, schauerlich war es unter den Demokraten jedoch nicht.



Gemeinsam für liebevollen Frieden am 17. Dezember in Berlin auf der Straße. Fotos: Georgi Belickin

Nicht selten aber standen Fragezeichen, in den Gesichtern, die auch in Worten Ausdruck fanden: Warum wird eine Veranstaltung in Berlin auf 13 Uhr gelegt? Warum dauert die Versammlung bei diesen Temperaturen sechs Stunden? Warum stehen wir hier noch rum? Warum werden von weit her angereiste Demokraten, wie der Unternehmer Wolfgang Greulich oder Daniel Langhans auf die kleine Bühne verfrachtet? Und warum sollten diese sprechen, nachdem der Umzug gestartet war, die Demokraten sich im Laufenden die durchgefrorenen Glieder aufwärmten und fast niemand mehr am Brandenburger Tor stand, um die ausgezeichneten Reden zu hören? Kleinliche Intrigen? Planungsfehler?

Dabei war die technische Seite mal wieder super organisiert. Riesige LED-Leinwände waren von den Veranstaltern von »Deutschland steht auf« hochgezogen worden, der Ton war klar. Der Höhepunkt war jedoch wieder einmal der Umzug, der von den großen Lettern F R I E D E N weithin sichtbar überragt wurde. Weil es dann auch schon nach 13 Uhr war, schlossen sich nochmals Tausende an, während andere vor Kälte einen Glühwein holen gingen. Es war ein starkes Zeichen vor dem Jahresende: Die Demokratiebewegung ist gekommen, um zu bleiben. Und auch aus den Fenstern und von den Passanten kam viel Zuspruch: Auch wenn ein Lüftchen in Form von Verfolgung unter dem Stichwort »Reichsbürger« aus Nancy Faesers Behörde weht, der allgemeine Wind hat sich gedreht.

Aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Der Mord mit der Spritze geht immer noch weiter, eine echte allgemein gesellschaftliche öffentliche Aufklärung und eine juristische Verfolgung der Verantwortlichen ist noch nicht in Sicht. Sich in dieser Situation in eine Kuschelhaltung zu begeben und über ein nicht mehr ganz so hartes Wort zu freuen, ist der falsche Weg. »Uns wird nichts geschenkt.«, fasste es eine Demokratin nach der Rede von den Kollegen Anselm Lenz und Dolli B. vom *Demokratischen Widerstand* am Brandenburger Tor zusammen. »Wir hatten die ganze Zeit recht, nun dürfen wir nicht siegestrunken jubeln, weil



man uns nicht mehr akut beschießt und uns nur noch über hohe Heizkosten ärgern. Die Leute sterben jeden Tag an dieser Spritze.«

DAS VERDIENST DER DEMOKRATIEBEWEGUNG

Die Demokratiebewegung hat in diesem Jahr einen riesigen Sieg errungen, indem sie am 7. April 2022 den Impfwang verhinderte. Das Corona-Regime war nicht mehr haltbar, also ging die Nato-Herrschaftskaste zum offenen Krieg gegen Russland über, der ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung ist. Doch die Demokratiebewegung hat sich nicht täuschen lassen und machte weiter. Auch das ist unser aller Verdienst. Jeden Montag und an jedem anderen Tag gehen die Menschen auf die Straße. Eigentlich müsste seit dem 28. März 2020 ein Brennpunkt nach dem anderen über die Demokratiebewegung nach der *Tagesschau* laufen. Es ist die größte und langanhaltendste demokratische Erhebung in Deutschland aller Zeiten: für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf allen Ebenen. Dafür sollten wir uns allen einmal auf die Schulter klopfen und unsere Siege ehren.

Am 25. März 2023 feiern wir auf dem Berliner Rosa-Luxemburg-Platz drei Jahre Demokratiebewegung. Mit Demokraten der ersten Stunde, und allen, die hinzugekommen sind. Die Initiative *NichtOhneUns.de* geht weiter voran.



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spaziergehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

BESTANDS-
AUFNAHME



1. REICHSBÜRGER. • 2. BILDUNG. • 3. NATO.

Die Medienschaffenden Kayvan Soufi-Siavash (r.) und Anselm Lenz (l.) treffen sich wöchentlich zur Bestandsaufnahme: Drei Themen in jeweils zehn Minuten. Verlinkt wird das Privatformat im Presseportal apolut.net, Ausschnitte werden hier abgedruckt.

K.S.S.: Deutschland wurde vor dem großen Umsturz bewahrt, so ist es in den Mainstream-Medien jedenfalls zu lesen und wir haben demnach alle Glück, dass wir überhaupt noch eine Republik sind. Siehst Du das auch so?

A.L. (ironisch): Ja, welch Glück, dass wir da beschützt wurden vor dieser fürchterlichen Gefahr der Reichsbürger: Als hätte man eine Gruppe aus dem 19. Jahrhundert ausgeschnitten und wieder in der Gegenwart eingefügt. Wie ein Filmriss: Die Welt wird Schwarzweiß und dann kommen ganz fürchterliche Gestalten auf uns zugewankt. Geradezu zombiehaft aus finsternen Vergangenheiten. »Das Reich!« Das klingt ja auch ganz toll, weltweit ... da gibt es ganz tolle Horrordokumentationen, was ein solch vermeintlich finsternes Reich alles kann. (Wieder ernst:) Das alles geht natürlich überhaupt nicht zurück auf das 19. Jahrhundert – und die geschichtliche Realität ist nunmal so, wie sie ist, und da ist nicht notwendigerweise etwas Schlechtes dran (...). Es gibt aber kein Deutsches Reich mehr und das letztlich schon seit 1918/19. Insofern gibt es auch keine Reichsbürger. Was gemeint ist vonseiten staatlich interessierter Seite und entsprechenden Konzernlenkern und Medienkonzernen, ist etwas ganz anderes. Und zwar Leute, die in der Art eines Schildbürgerstreiches fragen, ob es die BRD, die Bundesrepublik Deutschland, überhaupt gibt. Denn die schreiben so komische Briefe und man stellt das mal in Frage, ob die das dürfen und für wen sie das tun. Ein Vorgang, der jedem, der mal mit der deutschen Bürokratie zu tun hatte, vertraut sein müsste: Dass man sich fragt, »was wollen diese Leute von mir, und warum wollen sie dafür auch noch Geld haben, dafür, dass sie Dinge tun, nach denen ich überhaupt nicht gefragt habe?« Also: »Nazis«, »Antisemiten« und so weiter haben als Verleumdung nicht mehr gegriffen (...), jetzt gibt es auf dem Propagandablog tagesschau.de den Reiter »Reichsbürger«, gleich neben »Ukraine« und »Inland«. (...) Ziel ist aber, das Gewaltmonopol des Staates generell gegen Oppositionelle zu instrumentalisieren, darunter zum Beispiel der großartige Kriminalpolizist Michael Fritsch, weiß Gott kein Reichsbürger!

K.S.S.: Ich darfs mal so zusammenfassen: Es gibt dann schon Menschen, die sagen, diese BRD sei gar keine offizielle Regierungsform, denn das alte Reich wurde nie richtig beendet. Damit muss man sich jetzt nicht lange auseinandersetzen. Es wird sicherlich auch Leute geben, die sagen, »ich hätte gerne den alten Kaiser wieder«. Es ist aber absurd zu glauben, dass die auch nur ansatzweise eine Mehrheit haben. Es wurden ja bei den Razzien insgesamt auch nur 25 Leute festgesetzt, und dass Deutschland kurz vor dem Umbruch stand, das glaube ich auch nicht, denn dazu braucht man ja mindestens 26 Leute. Das Interessante bei der Sache ist natürlich: Das Ganze war ja eine Geheimdienstoperation vom Verfassungsschutz, also vom Inlandsgeheimdienst, die so geheim war, dass alle Leitmedien zufällig am Ort waren. (...) Wenns so geheim war, dass alle Leitmedien dabei waren, dann war es eine große, sehr plumpe Inszenierung. Als ich das gesehen habe, habe ich natürlich herzlich gelacht, insbesondere als ich hörte, »der Verfassungsschutz beobachtet schon länger«. Der Verfassungsschutz war auch damals beim sogenannten Celler Loch dabei...

Weiter zu diesem Thema und den Themen Bildung und Nato auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub

»Es lebe die Erotik«

Gabriele Gysi lebt als Schauspielerin und Regisseurin in Berlin. Die 76-Jährige stieß schon 2020 zur Demokratiebewegung. Am 5. November 2022 hielt sie am Alexanderplatz in Berlin eine mitreißende Rede für Frieden und Freiheit.

DW: Du warst Chefdramaturgin an der Volksbühne. Genau vor diesem Gebäude haben im März 2020 die Spaziergänge für die Wahrung der Grundrechte begonnen und Du warst von Anfang an dabei. Die Volksbühne hat sich allerdings gegen die Demonstrationen positioniert. Hast du eine Erklärung dafür?

G.G.: Die Motive der Theaterleitung kann ich im Einzelnen nicht beurteilen, aber die Volksbühne ist ein Betrieb, der von der öffentlichen Hand finanziert wird. Traurig, die Zeit, die Helden nötig hat. Als Jugendliche hatte ich mir vorgenommen, niemals sagen zu müssen, »ich habe nichts gewusst«! Ich freue mich, wenn Leute kluge Fragen an die Zeit stellen.

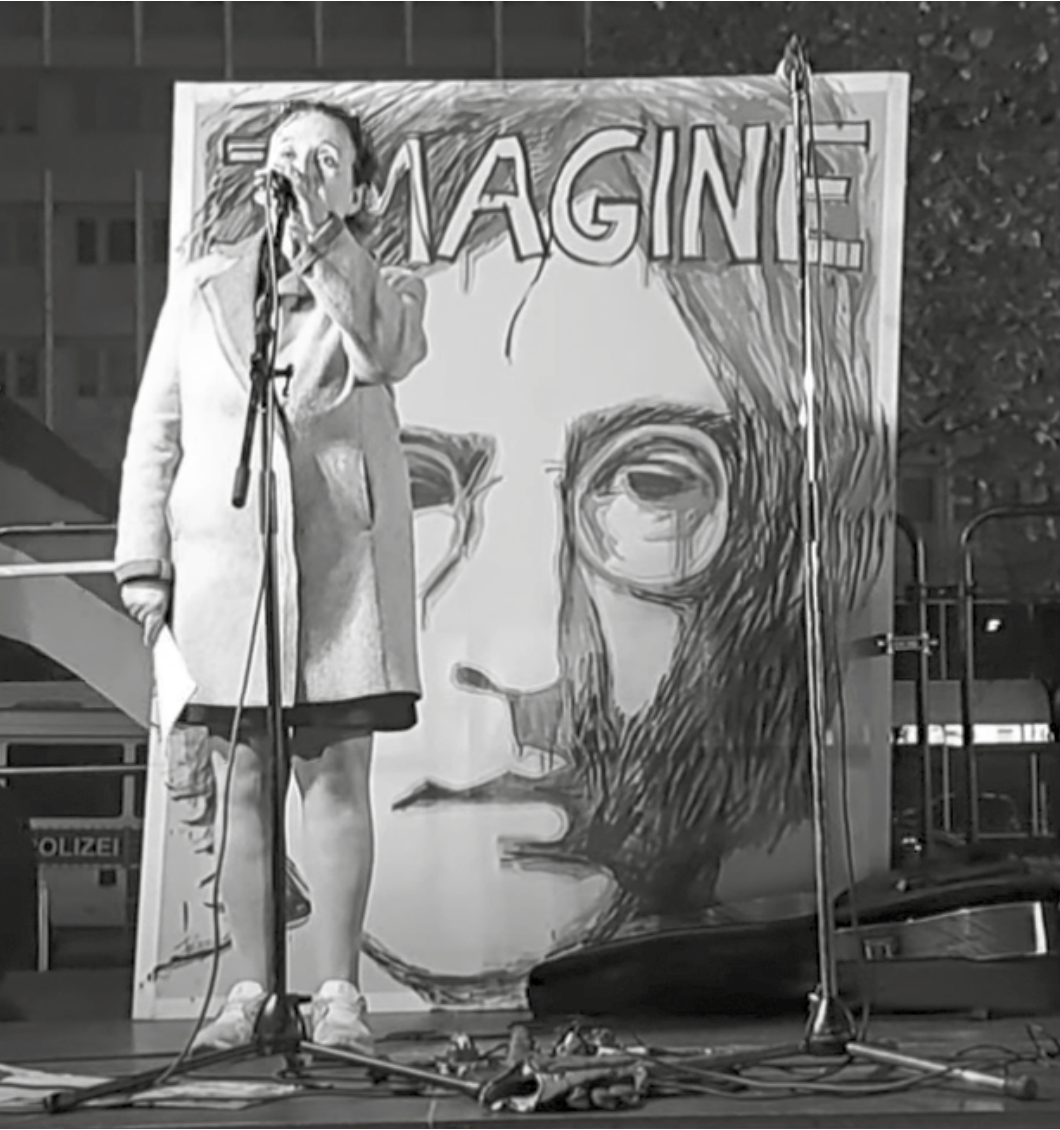
DW: Du sprichst auch öfters über die unsichtbare Klasse, wer ist das?

G.G.: Die Menschen, die die Arbeiten ausführen, durch die das Überleben der Gesellschaft erst ermöglicht wird. Sie werden im Kunstraum nicht reflektiert. Busfahrer zum Beispiel kommen nur vor, wenn sie Radfahrer umbringen. Aber wo sind die Liebesgeschichten mit ihnen oder mit den LKW-Fahrern oder Verkäuferinnen? Sie alle existieren in der Kunst und Kultur kaum, weil sie nicht Träger der im Moment gepredigten Ideologie sind.

Der Mittelstand plaudert um sein Leben, weil man die eigene Lebenswirklichkeit nicht zur Kenntnis zu nehmen wagt. Die wirklich Mächtigen entziehen sich der Beobachtung. Ganz oben und ganz unten – beides wird nicht dargestellt. Damit wird die Frage der wirklichen Macht und Ohnmacht verdrängt.

DW: Wie kommt es dazu? Und was könnten wir dagegen unternehmen?

Das analoge Leben gegen die transhumanistischen Ideen verteidigen. Der digitale Raum reflektiert sich nur selbst. Es herrscht eine unglaubliche Arroganz und Hochmütigkeit. Wir sollen amerikanische Voraussetzungen, deren Geschichtsvergessenheit, übernehmen. Die Gegenwart und Zukunft einer hegemonialen Weltordnung wird mit allen Mitteln durchgesetzt. Die US-Amerikaner regieren medial, und sie beweisen immer wieder, dass sie das können. Denn wer nicht spürt, wird gelöscht. Als Lösung könnten öffentliche Suchmaschinen eingerichtet werden. Aber auch nationale Strukturen und deren Bedeutung als kulturelle Einheit müssen anerkannt werden.



Gabriele Gysi bei ihrer Rede auf der Friedensdemo am 5. November 2022 in Berlin. Foto: Videostill

Der Versuch, den Nationalstaat aufzulösen, ist ein kulturelles Desaster. Menschen können gemeinsam in Differenzen agieren.

Heute werden die Menschenrechte missbraucht, die sexuelle Freiheit wird missbraucht, das aufklärerische Gedankengut wird diskreditiert und kolonialistisch genutzt. Zum Beispiel: Die, die sich »Letzte Generation« nennen, maßen sich an, alles zu beurteilen, die übrige Menschheit als geistig minderbemittelt zu definieren – mehr Rassismus geht nicht! Wir müssen aufhören, die Kultur zu biologisieren und die Biologie zur Kultur zu machen.

Die Irrungen und Wirrungen der Jugend werden ausgenutzt. Es dauert mindestens 20 Jahre, um erwachsen zu werden. Der Mensch braucht Schutz um aufzuwachsen. Aber dieser Schutz geht immer mehr verloren. Die Familie spielt eine wirklich wichtige Rolle im Kampf gegen diese Vereinzelung. Allein stehen wir Menschen dem System schutzlos gegenüber. Bei all den technischen Lösungen geht auch die Erotik

verloren. Vor der Forderung nach sexueller Freiheit müssten alle eine Prüfung im Fach Erotik machen, statt die Menschheit mit dem Thema zu tyrannisieren – es lebe die Erotik!

DW: Also eine verpflichtende Erotik-Prüfung?

G.G.: Wenn man zum Beispiel in Berlin-Schöneberg in einen sogenannten Erotik-Shop geht, ist man in einem Kostümverleih. Erotik hat mit Hingabe zu tun. Dafür braucht es Geheimnisse. Als Vorbereitung auf eine Erotik-Prüfung gäbe es eine Leseliste. Darauf fänden sich Werke von Marquis de Sade, das Kamasutra sowie das Buch »Jin Ping Mei« aus dem 16. Jahrhundert, »Die Unterwerfung« von Michel Houellebecq, »Das obszöne Werk« von Georges Bataille oder »Die Klavierspielerin« von Elfriede Jelinek.

Aber letztendlich geht es um die Berührung. Das ist das, was wir wahrnehmen können.

Die Fragen stellte Sophia-Maria Antonulas.

Geschätzte Leser!

*Wir wünschen Ihnen wundervolle Weihnachten
und einen guten Rutsch ins neue Jahr.*

*Wir sehen uns auf der Straße!
Ihre DW-Redaktion*

AUF DEM SCHIRM

- t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- instagram.com/demokratischerwiderstand
- facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- youtube.com: Demokratischer Widerstand

DIE KRÖNUNG DER UNTERNEHMENSUNKULTUR

Drei Menschen, die bis zum Frühling 2020 einfach Teil des Systems waren, eine gute Ausbildung haben, jahre-, sogar jahrzehntelang, pflichtbewusste Mitarbeiter und Kollegen waren – sie erzählen hier ihre Geschichten, stellvertretend für alle, die ein ähnliches Schicksal teilen. | Von Sophia-Maria Antonulas

Nicht nur drei Arbeitsleben, nein, drei Menschenleben, die für eine fadenscheinige Wichtigkeit erschüttert wurden. Oberflächlich betrachtet ging es um ein kleines Stück Stoff, durch dessen Abhandensein, sich die Abgründe deutscher Unternehmenskultur aufgetan haben.

»Heute weiß ich, dass es um Machtdarstellung und Ausgrenzung geht. 2020 empfand ich es als psychischen Terror«, erzählt Martina Sandner (Name von der Redaktion anonymisiert). Sie ist Anfang 50 und arbeitet seit Ende der 90er Jahre bei einer Sozialbehörde in Deutschland. Sandner hatte das Gefühl, in eine Opferrolle gedrängt zu werden. »Doch damit mich das nicht kaputtmacht, habe ich mir einen Anwalt genommen, um mich zu wehren und aktiv zu werden.« Die Geschäftsführerin drohte daraufhin, sie vom Dienst unentgeltlich

freizustellen, mit den Worten: »Dann warten wir mal, bis der Kühlschrank leer ist, und schauen, was dann mit ihr passiert.«

Es fing alles damit an, dass Martina Sandner, die als schwerbehindert zählt, aus gesundheitlichen Gründen keine Mund-Nasen-Bedenkung tragen kann. Dafür stellte ihr Arzt ihr auch ein Attest aus. Dieses wurde zwei Monate lang akzeptiert. »Bis sich ein Kollege beim Vorgesetzten beschwerte, dieser wollte dann das Attest sehen und hat es sofort angezweifelt«, schildert Sandner den Hergang. »Die Corona-Verantwortliche wurde hinzugezogen und nahm mich raus auf die Straße, nur dort wollte sie das Gesundheitszeugnis sehen. Sie gab mir das Gefühl, eine Gefahr für die Kollegen zu sein. Ich durfte ab da keinen Kontakt mehr zu den Kollegen haben.« Sandner wurde ins Homeoffice geschickt und durfte erst wieder in die Behörde, als ein eigenes Büro für sie gefunden war. Das Einzelbüro verfügt über ein Fenster in den Innenhof, durch das kaum Tageslicht gelangt. »Für mich ist das wie im Gefängnis. Mit den Kollegen durfte ich nur

telefonisch Kontakt aufnehmen. Wenn ich umgefallen wäre, hätte mich länger keiner gefunden.« Zwei Monate war sie komplett isoliert und empfand dies als Bestrafung.

Für Martina Sandner wurden der Druck und die Enttäuschung immer unerträglicher, und sie wurde krank. Aber selbst im Krankenstand erhielt sie Post von ihrem Arbeitgeber, per Postzustellungsurkunde. Ihr wurde mitgeteilt, dass, wenn sie wieder arbeitsfähig ist, sie im Büro Maske tragen müsse. Als sie im Herbst 2022, nach über einem Jahr, wieder an ihre Arbeitsstelle kam, durfte sie mit den Kollegen weiterhin nur telefonieren und sich nicht im Haus bewegen. Bis heute, Weihnachten 22, besteht die Geschäftsführerin der Behörde auf die Maskenpflicht. »Und die Kollegen halten sich daran. Ich bin die einzige, die Gesicht zeigt. Die Gehorsamkeit überwiegt, das schockiert«, schüttelt Martina Sandner den Kopf. Die Pausen muss sie alleine verbringen. Sozialer Kontakt während ihrer Arbeit wird ihr verwehrt. »Sicher ist es besser, einen klaren Schnitt zu machen und sich einen besseren Job zu suchen, wo meine Arbeitskraft wertgeschätzt wird. Es wird Zeit.«

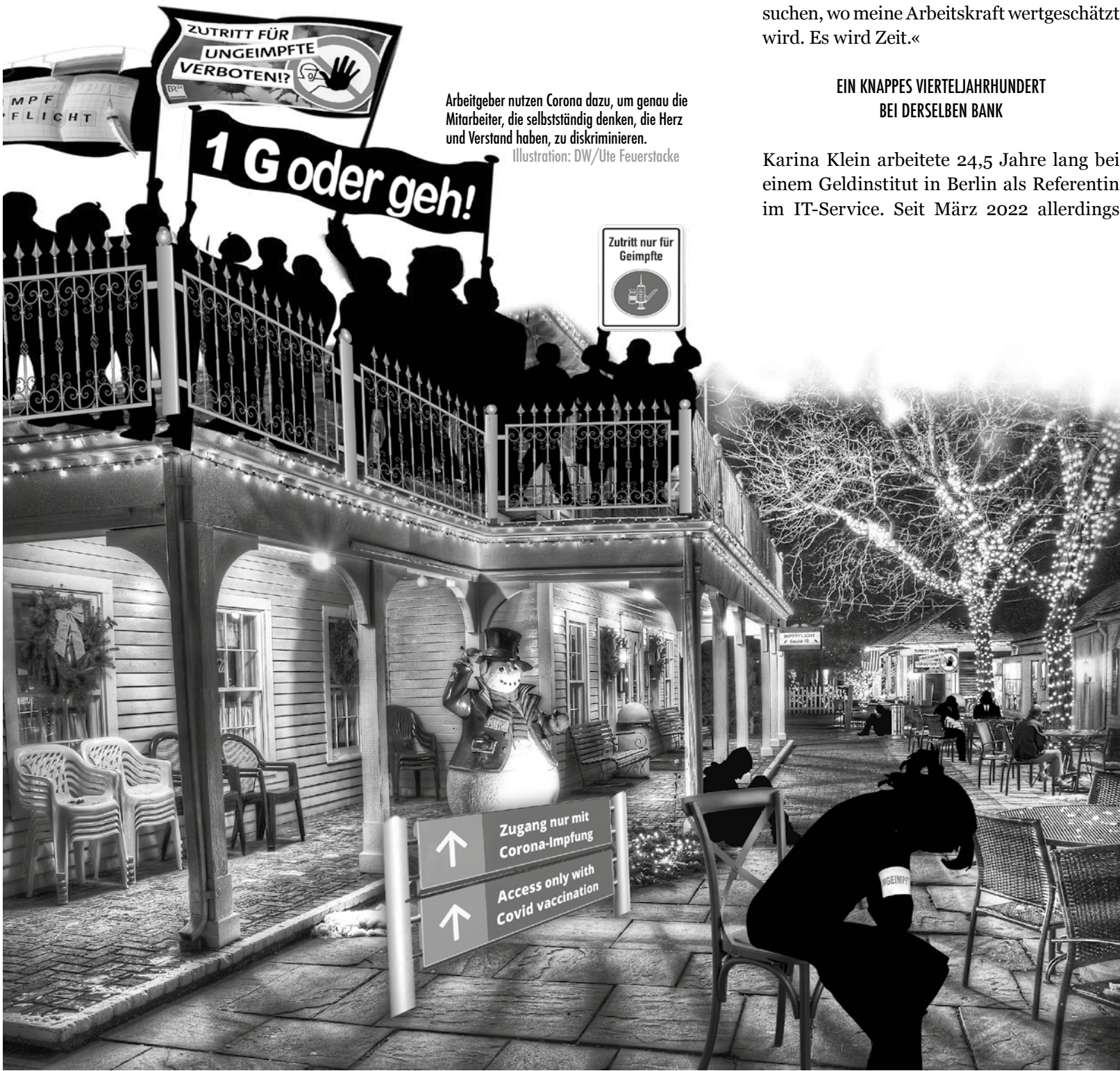
EIN KNAPPES VIERTELJAHRHUNDERT BEI DERSELBEN BANK

Karina Klein arbeitete 24,5 Jahre lang bei einem Geldinstitut in Berlin als Referentin im IT-Service. Seit März 2022 allerdings

nicht mehr. »Als das 2020 mit dem Homeoffice losging, hatte ich meine Mutter bei mir, und mein Sohn war doch auch von der Schule zu Hause. Da hatte ich keine Ruhe und keinen Platz. Außerdem besitze ich gar keinen Computer. Die meisten Kollegen arbeiteten mit ihren privaten Rechnern, deshalb hieß das bei uns in der Bank auch nicht Homeoffice, sondern mobiles Arbeiten, denn nur Letzteres ist laut den internen Regelungen mit privaten Computern erlaubt«, beginnt die 52-Jährige zu erzählen. »Mir war es auch wichtig, ins Büro zu gehen. Ich bin Workaholic und brauche die räumliche Trennung. Sonst arbeite ich 24 Stunden durch.«

Auch Karina Klein hat eine ärztliche Bestätigung, dass sie keine Masken tragen darf. Sie musste jeden Morgen beim Wachschatz einen Zettel unterschreiben, dass ein Attest vorliegt. »Und einmal pro Woche fragte mich meine Chefin, ob ich nicht doch eine Maske tragen könne, obwohl ich allein im Büro saß«, schilderte Klein. Sie teilte sich mit anderen ein Großraumbüro und war die einzige. An manchen Tagen wurde einem Trainee ein Schreibtisch in der Nähe zugewiesen, und die langjährige Mitarbeiterin musste während seiner Anwesenheit in ein anderes Zimmer ausweichen. »Nach so vielen Jahren musste ich dem neuen Kollegen weichen. Anfang 2021 bin ich dann in ein Einzelbüro gezogen. Meistens war außer mir niemand da. Wäre ich umgefallen, hätte mich keiner gefunden.« Zur gleichen Zeit bekam Karina Klein die Auflage, ihr Attest alle drei Monate in einem langen Gespräch vom Betriebsarzt bestätigen zu lassen. Dieser riet ihr, sich in psychologische Behandlung zu begeben, um zu lernen, die Maske zu tragen. »Diese Bestätigung vom Betriebsarzt musste ich dann an die Personalabteilung und meine Chefin schicken. Man wollte mich mürbe machen. Ich durfte mit den Kollegen nicht in Kontakt kommen und nicht in der Kantine essen. Ein Kollege hat auch von sich aus gesagt, dass er nicht mit mir reden dürfe«, erinnert sich Klein. »Dass aber nach all den Jahren meine Chefs nicht hinter mir standen, dass die mich nicht in Schutz nahmen. Ich kann nur sagen, schämt euch! Diese Isolierung der Menschen ...«

Als sie im Intranet las, dass die Bank 250 Stellen abbauen will, bemühte sie sich um einen Aufhebungsvertrag. Im März 2022 war es schließlich soweit: Karina Klein betrat nach 24,5 Jahren das letzte Mal das Bankgebäude. Sie musste auch an ihrem letzten Tag beim Wachschatz den Zettel ausfüllen, dass ein Attest vorliegt. »Danach bin ich in ein Loch gefallen. In der Corona-Zeit hatte ich aufgehört zu essen. Jetzt frühstücke ich, und dann gehe ich aufs Sofa, bei schönen Wetter arbeite ich im Schrebergarten. Ich habe keine Ahnung wie, aber es wird sich fügen. So wie's ist, wird's nicht bleiben.





MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE von Wolfgang Greulich

WO SEID IHR,
WO BLEIBT IHR?

Da wird es einem nur noch schwindlig, wenn man sich all die Milliardenbeträge des Bundeshaushaltes anschaut. Der bisherige Rekordwert an Bundesanleihen lag in 2020 bei 483 Milliarden Euro. Für das Jahr 2023 sind Emissionen von Wertpapieren in der Höhe von über 539 Milliarden geplant.

Das sind nochmal schlappe 20 Prozent mehr als 2022. Die Investoren werden mit höheren Zinsen gelockt, was das Thema anscheinend attraktiv macht, der Absatz scheint gesichert. Diese Sache ist aber nicht attraktiv, sondern einfach nur krank. Wenn permanent mehr Geld ausgegeben wird, als vorhanden ist, dann ist das Ende bald erreicht. Und in dem Fall ist es längst überschritten, denn außerdem werden 2023 Bundesanleihen und andere Bundeswertpapiere im Volumen von mehr als 325 Milliarden zur Refinanzierung durch den Bund fällig. Bravo, weiterarbeiten, Mittelstand!

Aus der Nummer gibt es schon lange kein Entrinnen mehr. Aber das scheint den Damen und Herren in der Politik entweder nicht bekannt zu sein, oder sie ignorieren es gekonnt. Corona-Krise, Energiekrise, Gas- und Strompreisbremse, Ukraine, um nur ein paar Gründe für das Desaster zu nennen. Und wir sollen auch mehr Munition produzieren, da wir die in der Schweiz produzierte – für unsere ausgemusterten gelieferten Gepard Panzer – nach dem Schweizer Veto ja nicht liefern dürfen. Aber Rheinmetall wird's richten. Das kurbelt die Wirtschaft an. Frieden schaffen, ja, mit Waffen? Geld spielt keine Rolle, der Mittelstand wird's richten. Wo seid ihr, wo bleibt ihr, was macht ihr?

Das Klima darf auch nicht zu kurz kommen. Der Ausbau der grünen Bundesanleihen wird ebenfalls vorangetrieben, um die Finanzierung umweltfreundlicher Ausgaben zu sichern – für 2023 zwischen 15 und 17 Milliarden Euro. Der Bund hatte 2020 mit der Emission grüner Anleihen begonnen, wir liegen auf Platz zwei hinter Frankreich und natürlich weit vor den anderen EU-Ländern.

Da danken wir doch an dieser Stelle den WEF-Globalisten, die alle Lügen dieser Welt erfolgreich zu Geld machen. Frohe Weihnachten! Gönnst euch schöne Geschenke, wir sehen uns auf der Straße. Wir haben es längst verstanden: Vorsatz, kein Versagen. Es braucht wirklich einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Fortsetzung von Seite 9

ATMEN, BETEN, WEINEN
UND WIEDER AUFRÄFFEN

Oliver Schindler ist staatlich anerkannter Erzieher und hat auch eine schauspielerische Ausbildung. Seit 2011 arbeitete er als Horterzieher an Berliner Grundschulen. Oft an sogenannten Brennpunktschulen. Dabei entwickelte er gemeinsam mit den Schülern auch Theaterstücke. »Mein Hauptaugenmerk lag darauf, ihr Selbstbewusstsein und ihre Sozialkompetenz zu stärken. Bei Willkommenskindern hatte ich Strategien entwickelt, um ihre Deutschkenntnisse und Aussprache zu verbessern«, erzählt Schindler. »Mit den Lockdowns hatte sich vieles, was ich mühsam aufgebaut hatte, zerschlagen. Jetzt war nur noch eine Art der Betreuung gefragt, die mit meinen Stärken nicht viel zu tun hatte. Manche Erzieher taten sich jetzt besonders hervor, indem sie ausgeklügelte Hygienepläne mit Flatterband, Desinfektionsmitteln, Maskenpflichtschildern und auf den Boden gemalten Pfeilen ausarbeiteten.«

Als die Maskenpflicht eingeführt wurde, bekam Schindler aus gesundheitlichen Gründen eine Befreiung. »Ich war täglich unter Druck. Zwar wurde mein Attest über lange Zeit akzeptiert, aber ich betrat die Schule oft über den Hintereingang, damit die Eltern nicht sehen, wie da jemand ohne Maske ins Gebäude geht. Manche Kinder die als Ordnungskräfte in den Pausen eingesetzt wurden, wiesen mich auf die Maskenpflicht hin, und ich musste ihnen erklären, dass ich eine Befreiung hatte.«

Ein Lehrerkollege und Eltern beschwerten sich darüber, dass Schindler keine Maske trug. »Die Schulleitung sagte dann, ich muss eine Maske tragen oder kann sofort nach Hause gehen. Ich war über 50 und beim Senat angestellt. Das wollte ich nicht aufs Spiel setzen. Ich setzte also diese Maske auf und malte ein rotes Kreuz darauf. Ich erstickte vor Wut und Scham fast unter dem Ding. Wo es möglich war, meldete ich mich für Betreuung auf dem Schulhof, und außerdem verbrachte ich viel Zeit auf der Toilette – um zu atmen, zu beten, zu weinen und mich wieder aufzuraffen.«

Im Freizeitbereich schaffte der Erzieher den Kindern Räume, wo sie sich maskenfrei bewegen konnten. Doch schließlich beschwerte sich eine Kollegin, dass die Kinder bei ihm keine Masken trugen. »Mein Vorgesetzter hatte keine Wahl. Angeblich hatten Eltern weitere Bemerkungen über mich gemacht.«

Doch eines wollte Schindler nie zu einem Kind sagen: »Setz die Maske auf!« So ließ er sich schließlich krankschreiben und begann den maßnahmenkritischen Podcast »Radio Berliner Morgenröte«. Ein halbes Jahr später kündigte Oliver Schindler seinem Job. Mit seinem alten Beruf hat er abgeschlossen: »Vielleicht mache ich mal ein freies Theaterprojekt mit Kindern und Erwachsenen. Aber ich werde nicht mehr als Angestellter für Senat oder Regierung arbeiten.«



Sophia-Maria Antonulas ist freie Journalistin in Stockholm und DW-Co-Herausgeberin.



Für Frieden auf die Straße gehen. Montagsspaziergang am 10. Dezember 2022 in Osnabrück. Foto: Georgi Belickin

Kriegsprofiteure
damals und heute

Mit dem Krieg werden große Geschäfte gemacht. Die Spielregeln bleiben dieselben, doch die Akteure und ihre Strukturen verändern sich. | KOMMENTAR von Ernst Wolff

Der amerikanische Schriftsteller Mark Twain hat einmal gesagt: »Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.« Dieser Satz gilt auch für die beiden Weltkriege und die Situation, in der wir uns aktuell befinden.

Profiteure sowohl des Ersten als auch des Zweiten Weltkrieges waren zum einen die Waffenindustrie und zum anderen die Banken der Wall Street, die die Rüstungsbetriebe zur Ausweitung ihrer Produktion mit den nötigen Krediten versorgten. Profiteur der aktuellen Weltentwicklung sind ebenfalls die großen Waffenkonzerne und ihre Geldgeber, die Banken.

Soweit der Reim. Hier nun der Unterschied: Im Ersten und Zweiten Weltkrieg befanden

sich Banken und Rüstungskonzerne in verschiedenen Händen. Heute ist das anders. Schaut man sich die Aktionärsstruktur der großen Waffenhersteller an, so stellt man schnell fest: Sie alle befinden sich fest in der Hand der großen Vermögensverwalter BlackRock, Vanguard, und State Street.

Sieht man sich die Aktionärsstruktur der Mega-Banken der Wall Street an, so stellt man fest: Ob Citybank, Bank of America, JPMorgan oder Goldman Sachs – bei allen stehen immer BlackRock, Vanguard und State Street an der Spitze der Anteilseigner.

IN DEN FÄNGEN
DER IT-KRAKEN

Wir haben es also in beiden Fällen mit einer nie dagewesenen Machtkonzentration im

Hintergrund zu tun. Doch das ist noch lange nicht alles.

Die Rüstungsindustrie ist in den vergangenen Jahrzehnten digitalisiert worden und damit in eine immer größere Abhängigkeit von den führenden IT-Konzernen gerutscht. Für die Banken gilt dasselbe, und auch die Vermögensverwalter sind heute durchdigitalisiert und hängen ebenfalls, was ihre Daten- und Geldflüsse angeht, am Tropf der IT-Konzerne.

Schaut man nun einmal auf die Hauptaktionäre dieser IT-Konzerne, so trifft man dort auf alte Bekannte: BlackRock, Vanguard und State Street.

Das alles heißt nichts anderes, als dass die großen IT-Konzerne im US-amerikanischen Silicon Valley – Apple, Amazon, Alphabet und Meta – sowie Microsoft, dessen Zentrale im Bundesstaat Washington liegt, mit den Top-Vermögensverwaltern der Wall Street inzwischen zu einer Art Kartell verschmolzen sind.

ZUR MÄCHTIGSTEN
KRAFT VEREINT

Dieses Kartell beherrscht über die beiden Lebensadern unserer globalen Gesellschaft – das Geld und die Daten – sämtliche andere Industriezweige und ist damit zur mächtigsten Kraft aufgestiegen, die die Welt jemals gesehen hat.

Es ist dieser digital-finanzielle Komplex, der aktuell die Geschicke der Welt in seinen Händen hält und der genau weiß, dass das gegenwärtige Finanzsystem, auf dem seine Existenz beruht, zerbrochen ist und durch ein neues ersetzt werden muss.

Genau das ist der Grund, weshalb dieser Komplex seit 2020 vorsätzlich sämtliche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen zerstört und gewissenlose und ihm ergebene Politiker dazu treibt, uns alle durch ständige Eskalation des Kriegsgeschehens in Angst und Schrecken zu versetzen. Ziel ist es, uns auf diese Weise gefügig zu machen, damit wir den zur Errichtung einer neuen Ordnung ohne allzu große Gegenwehr hinnehmen.

Dieser Beitrag erschien zuerst auf apolut.net.

VUČIĆ: »DIE SCHWERSTEN STUNDEN MEINER AMTSZEIT«

Auch auf dem Balkan stehen die Zeichen wieder auf Eskalation. | Von Felix Feistel

Der Konflikt zwischen Serbien und der selbsternannten Republik Kosovo könnte in einem neuen Krieg zwischen den beiden Regionen münden.

Schon seit Mitte des Jahres kommt es auf dem Balkan immer wieder zu Spannungen. Zunächst war der Auslöser das Vorhaben Prištinas, den Serben im Kosovo eigene Autokennzeichen und Papiere vorzuschreiben, wogegen die serbische Regierung protestiert hatte. Auch die ethnischen Serben in den mehrheitlich von Serben bewohnten Gebieten im Norden des Kosovo gingen auf die Straße und blockierten mehrere Grenzübergänge. Später kam es zu einer Einigung zwischen Serbien und dem Kosovo.

Doch der Kosovo kam nicht zur Ruhe. Aus Protest gegen die Regierung in Priština verließen ethnische Serben zu Tausenden öffentliche Ämter. Auch der Polizeibeamte Dejan Pantić quittierte seinen Dienst. Mitte Dezember, wurde er wegen des »Verdachts des Terrorismus« verhaftet, woraufhin Tausende Serben die Grenzübergänge und einige Autobahnen der serbischen Regionen des Kosovo blockierten, um eine Auslieferung nach Priština zu verhindern. Daraufhin entsandte Priština albanische Soldaten in die Region um die Proteste mit Gewalt aufzulösen, was aus Belgrad mit der Forderung eigener Truppen zum Schutz der Serben in dem Gebiet beantwortet wurde. Weiterer Auslöser für die erneuten Spannungen war die Ankündigung Prištinas, für die mehrheitlich serbischen Regionen vorgezogene Neuwahlen am 18. Dezember anzusetzen. Die wichtigsten serbischen Parteien kündigten an, jede Abstimmung boykottieren zu wollen. Die kosovarische Präsidentin Vjosa Osmani-Sadriu, verschob

nach Errichtung der Barrikaden die Wahlen auf April 2023. Auch wird von gewalttätigem Vorgehen der albanischen Polizei des Kosovo gegen die Serben berichtet. Zudem hat der Kosovo mittlerweile angekündigt, eine Mitgliedschaft in der EU beantragen zu wollen.

USA UND EU MACHEN DRUCK

Der serbische Präsident Aleksandar Vučić wandte sich in einer Ansprache an das Volk und erklärte, er erlebe derzeit die schwersten Stunden seiner Amtszeit. »Wir sind Zeugen eines Versuchs, die serbische Frage im Kosovo zu lösen, ich fordere die Serben auf, Ruhe zu bewahren«, sagte er weiter und fügte hinzu, die Amerikaner hätten in den letzten 23 Jahren aus dem Kosovo ein »Monster« gemacht. »Die Bürger protestieren gegen die Verhaftungen, die Misshandlungen von Menschen und die Nichtumsetzung der Brüsseler Vereinbarung. Unsere amerikanischen Partner sollen uns sagen, welchen Rechtsakt sie und Priština respektieren.«

Die EU ergreift in dem Konflikt einseitig Partei für den Kosovo. So beschimpfte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell die protestierenden Serben und forderte sie auf, die Barrikaden zu beenden. Die Regierungschefin Serbiens, Ana Brnabić, kritisierte die EU daraufhin scharf und befand, sie verspiele all ihre Glaubwürdigkeit und Autorität. Sie warf der EU vor, die Bedürfnisse der Serben nicht ernst zu nehmen.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, beschuldigte auf ihrem Telegram-Kanal die EU, für die jüngste Eskalation verantwortlich zu sein. Sie führe die derzeitige Situation durch ihre Untätigkeit seit Jahren bewusst herbei und

habe den Balkan auf diese Weise an den Rand eines Krieges gedrängt. Die russische Regierung rief dazu auf, den Konflikt beizulegen und alle Rechte der Serben zu gewährleisten, ist selbst jedoch nach Aussagen von Vučić nicht in den Konflikt involviert, obwohl dieser zweifellos auch Russland treffen soll.

Schon seit Beginn des Ukrainekrieges machen die EU und westliche Staatsführer Druck auf Serbien, sich an den Sanktionen gegen Russland zu beteiligen. Vučić erklärte schon im Sommer des Jahres, dass er und sein Land auch von Geheimdiensten bedroht werden. Vor einigen Wochen haben der französische Staatschef Emmanuel Macron und Bundeskanzler Olaf Scholz erklärt, Serbien müsse sich für eine Seite entscheiden. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte auf einem Balkan-gipfel in der albanischen Hauptstadt Tirana, dass die Welt zwischen »Demokratie und Autokratie« gespalten sei, und der Balkan sich für eine Seite entscheiden müsse. Zudem fügte sie hinzu, dass die EU der »wichtigste Partner« des Balkan sei, und man sich deswegen für sie entscheiden solle.

Dennoch besteht Serbien darauf, neutral zu bleiben. Dafür bezieht das Land noch immer billiges Erdgas aus Russland, das etwa 85 Prozent seiner Gasimporte ausmacht. Serbien ist seit 2015 Beitrittskandidat der EU, jedoch stehen momentan nur etwa 21 Prozent der Serben der EU positiv gegenüber. Mittlerweile ist eine Mehrheit von ihnen gegen einen Beitritt.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

Putin: Verhandlungslösung finden

Diente Minsker Maßnahmenpaket nur der ukrainischen Kriegsvorbereitung? | Von Felix Feistel

Angesichts eines Interviews Angela Merkels mit der Zeit zeigt sich der russische Präsident Wladimir Putin enttäuscht von der ehemaligen Kanzlerin und der westlichen Führung insgesamt.

Hintergrund ist, dass Merkel in dem Interview verschiedenen Medienberichten zufolge gesagt habe, dass die beiden Minsker Abkommen lediglich dazu dienten, der Ukraine Zeit zu geben. Dies wurde vielfach so interpretiert, dass es dem Westen darum ging, die Ukraine aufzurüsten, um sie in einen Krieg mit Russland in Stellung zu bringen. Denn die Ukraine sei heute eine andere, als noch 2014. Damals, so Merkel, wäre sie von Putins Truppen überrollt worden. Jedoch erklärt sie in dem Interview zu ihrer Politik gegenüber Russland auch: »Es war der Versuch, genau einen solchen Krieg zu verhindern. Dass das nicht gelungen ist, heißt noch lange nicht, dass die Versuche deshalb falsch waren.« Putin jedoch erklärte nun, dass solche Aussagen das Vertrauen in die westlichen Regierungen

schwer erschütterten. Er hatte zwar gewusst, dass Deutschland auf Seiten der Ukraine stand, jedoch immer gehofft, dass der deutschen Führung an einer Lösung des Konflikts auf Grundlage der Vereinbarungen der Minsker Abkommen gelegen sei. Dass sich diese Hoffnungen nun als falsch herausgestellt haben, erschwere Friedensverhandlungen, da Russland immer davon ausgehen müsse, dass die andere Seite kein Interesse an einem Frieden habe. Dennoch, so betonte er, müsse man am Ende eine Verhandlungslösung finden. Er gab zudem zu, dass es ein Fehler war, mit der Militäroperation so lange zu warten und sieht die Worte Merkels als Bestätigung dafür, dass die Einleitung der Operation genau richtig war.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa erklärte, dass die Aussage Merkels Grund genug für ein internationales Tribunal sei. Der



Forderung auf einer Demo in Berlin im Herbst 2022. Foto: Sophia-Maria Antonulas

weißrussische Präsident Lukaschenko bezeichnete Merkel als »ekelhaft und niederträchtig«. In einer Regierungserklärung am 18. Juni 2015 hatte Merkel noch erklärt: »Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass dieser Konflikt nur politisch gelöst werden kann. Das Minsker Maßnahmenpaket setzt hierfür klare Wegmarken.« Die Ernsthaftigkeit dieser damaligen Aussage kann heute bezweifelt werden.

MELDUNG

TÖDLICHES JAHR FÜR JOURNALISTEN

Washington D.C./DW. Die Inter-amerikanische Organisation für Menschenrechte stellte fest, dass das Jahr 2022 mit bislang 38 Morden das tödlichste Jahr für lateinamerikanische Medienschaffende seit zwei Jahren gewesen sei. Die Koordinatorin im Büro des Berichterstatters für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Paula Roko, stellte zudem fest, dass Politiker und Amtsträger zu dem feindlichen Klima gegenüber Medienschaffende durch ihre Rhetorik beitrügen. (ffe)

EU-PARLAMENT: KORRUPTION UND GELDWÄSCHE

Brüssel/DW. Das Europaparlament wird durch Korruptions- und Geldwäscheaffären erschüttert. Demnach wurde die griechische Vize-Präsidentin des EU-Parlaments, Eva Kaili (Pasok-Partei), festgenommen, ebenso vier weitere italienische Mitarbeiter. Bei 16 Durchsuchungen in Brüssel wurden Datenträger, Mobiltelefone sowie Bargeld in Höhe von rund 600.000 Euro beschlagnahmt. Bei den Ermittlungen gehe es um eine mutmaßliche Kriminelle Vereinigung. Auch die Vorteilsnahme durch den Golfstaat Katar steht als Anschuldigung im Raum. Die Fraktionen der Christdemokraten, Sozialdemokraten und Grünen im EU-Parlament hatten sich kurz davor für Visa-Erleichterungen für Kataris ausgesprochen. (ffe)

BRENNENDE EINKAUFSZENTREN

Moskau/DW. Innerhalb von nur wenigen Tagen kam es in Russland zu gleich zwei Großbränden in Einkaufszentren. Zunächst brach in einem Moskauer Einkaufszentrum ein Brand aus, bei dem eine Person ums Leben gekommen ist. Nur wenige Tage später gabe es in der Stadt Balaschicha nahe Moskau einen weiteren Großbrand in einem Einkaufszentrum. Im Zusammenhang mit diesem Brand wurde ein Strafverfahren eingeleitet. (ffe)

KAMPFJETZ FÜR DEN IRAN?

Teheran/DW. Washington und London haben vor Waffenlieferungen Russlands an den Iran gewarnt. Demnach würde Moskau SU-35-Kampffjets nach Teheran liefern. Moskau biete Teheran damit Unterstützung »auf nie dagewesenem Niveau« an, wie es aus Washington heißt. Die russische Regierung selbst bestreitet jede Form der Waffenlieferung an den Iran. (ffe)

AUFLAMMENDE GRENZSTREITIGKEITEN

Tawang/DW. Am 9. Dezember kam es im Himalaya-Gebirge zu Zusammenstößen zwischen indischen und chinesischen Soldaten mit mehreren Verletzten. Indien warf daraufhin China vor, die Grenzsituation in der Region einseitig verändern zu wollen. Peking hingegen bestand darauf, dass die Grenze unverändert bleibt. Beide Atommächte haben in der Region schon seit Jahren Grenzstreitigkeiten, die immer mal wieder aufflammen. (ffe)

Wir wollen uns rächen.

Uns rächen für die zwei Jahre weißer Folter. Für den Impfzwang. Für die Toten, die wir nicht bestatten konnten. Für die verlorenen, ramponierten oder unter Beruhigungsmitteln stehenden Freunde. Für die anwachsende Wüste. Für das erzwungene Schweigen. Für die galaktischen Lügen, die man uns schlucken ließ. Für die Beleidigungen der Logik. Für die vernarbten Hiebe auf unsere Empfindsamkeit. Für die ohne Vorwarnung verlassenen Alten, und für die grundlos misshandelten Kinder.

Uns rächen für die verhunzte Erde und die siechenden Ozeane. Für die bewundernswerten Menschen, die von der Maschine des Fortschritts zermalmt wurden, und für die Heiligen, die im Irrenhaus landeten. Für die ermordeten Städte und das vitrifizierte Land. Für die Beleidigung dieser Welt und für alle Welten, die nicht kamen. Für alle Besiegten der Geschichte, deren Namen nie gefeiert werden.

Uns rächen für den Dünkel der Mächtigen und die bodenlose Dummheit der Manager. Für die Gewissheit, dass sie alle ihr gutes Recht haben, die anderen zu zertrampeln. Für die Schamlosigkeit, mit der sie ihren betrügerischen Elan fortführen wollen. Für das Wanken, den Zweifel und die Ohnmacht, die sie in uns zu wecken vermochten.

Man erkennt in dieser Epoche die Mistkerle daran, dass sie nie sagen, was sie wollen, dass sie sogar vorgeben, nichts zu wollen, und dass übrigens niemand jemals etwas will. Und das bildet die Voraussetzung für all ihre kleinen, nicht enden wollenden Machenschaften.

Wir wollen uns rächen und wir haben einen gelassenen, besonnenen Hass, keinen schäumenden.

ÜBRIGENS RÄCHEN
WIR UNS BEREITS.

Eine gute Rache ist immer heilsam. Das ist das beste Gegenmittel gegen Ressentiment. Ressentiment ist nichts anderes als Rache, die man aufgeschoben hat. Revolutionäre, sagte Walter Benjamin, »nähren sich an dem Bild der geknechteten Vorfahren, nicht am Ideal der befreiten Enkel«.

Die Kosmokraten weisen uns immer wieder auf die Zukunft hin, ob apokalyptisch oder zauberhaft, um uns von ihren vergangenen Verbrechen abzulenken, auf denen ihre gegenwärtige Macht beruht. Wir wissen, wer sie sind. Wir haben sie seit Jahrtausenden bei ihrem Handeln beobachtet. Wir sind das angesammelte Wissen von Generationen, möglicherweise der gesamten Spezies. Den Schlag, den sie uns mit ihrem konvergierenden NBIC-Programm versetzen, haben sie uns schon hundertmal versetzt.

Im 17. Jahrhundert war die »Verbesserung der Erde« das große Projekt und die moralische Rechtfertigung für die Kolonisierung Amerikas und das Abschlachten der Indianer. Die »Wilden« waren vielleicht schön, weise und faszinierend, aber sie waren nicht effizient genug, um ein solch schönes Fleckchen Erde zu verdienen. Wenn man sich das Ergebnis in Bezug auf das besagte Land ansieht, kann

DAS KONSPIRA

Als es zu Beginn dieses Jahres in Frankreich erschien, löste eine renommierte Analyse des anonymen Autoren-Komitees in der

man sich vorstellen, welche Verwüstung die transhumanistische »Verbesserung der Menschen« verspricht. Es ist keineswegs ein Paradoxon, dass die bösartigsten Menschen immer behaupten, »für das Wohl der Menschheit« zu handeln. Das ist das Mindeste, was man für die Enthemmung braucht, um all den Horror zu begehen, den sie vorhaben.

Die Kosmokraten behaupten nun, alle Lösungen für die Probleme zu besitzen, die sie selbst geschaffen haben. Wir dagegen wissen, dass sie das Problem sind.

Wir haben keinen Einwand gegen das Bündnis »Business for Nature«, den weltweiten »Green New Deal« oder den »Great Reset« vorzubringen. Es gibt keine Debatte mit ihnen. Was sie bereits getan haben, sagt genügend, wie sehr es ausgeschlossen ist, sie mehr tun zu lassen. Wenn wir sie länger gewähren lassen, werden sie letztendlich die Photosynthese patentieren.

WIR MÜSSEN SIE
EINFACH LOSWERDEN

Die Frage ist nicht die nach dem Übergang, sondern die nach ihrem Verschwinden. Dass der Motor jeder Revolution zunächst Rache ist, erschien in den Augen der Sozialdemokratie immer als Skandal. So hat die Linke immer ihre besten Kräfte verärgert. Und hat sie unaufhörlich in die Arme des Faschismus getrieben.

Und das ist der Fehler all derer, die beim Lockdown 2020 glaubten, von der Menschheit beauftragt worden zu sein, lächerliche Pläne für die »Welt danach« aufzustellen. Wer glaubt, dass man für eine Revolution das Programm der zukünftigen Welt in der Tasche haben muss, täuscht sich grob. Die ganze Geschichte zeigt, dass sie sich immer getäuscht haben.

DIE KATHEDRALE VON CHARTRES
WURDE OHNE PLAN GEBAUT

(...) Diese große Kurve zu nehmen, egal wie schnell, ist jedoch der einzige nicht morbide Weg. Mit unseren in die Vergangenheit gerichteten Augen wird also auch in der Gegenwart der Konflikt zwischen zwei Zukünften ausgespielt. Es ist ein Kampf der Titanen im Maßstab unserer einzelnen und winzigen Existenzen.

Auf der einen Seite steht das Projekt der universellen Kontrolle, der Beherrschung des Unbeherrschbaren, auf der anderen die Akzeptanz des zufälligen, prozesshaften und wuchernden Charakters des Lebens. Das gegnerische Projekt ist aussichtslos, aber es ist mit erprobten Strategien, gigantischen Mitteln und einem fanatischen Willen bewaffnet. Angesichts dessen reicht desertieren nicht. Es ist ein Krieg. Ein Krieg

erfordert Strategien, Rollenverteilung und den Einsatz von materiellen und subjektiven Ressourcen.

Es ist jedoch ein Paradox, das aktive strategische Äußerungen haben, dass ihre öffentliche Formulierung als solche ihrer praktischen Umsetzung widerspricht. Am Ende dieses bescheidenen Manifests stehen wir also vor etwas, das wie eine logische Aporie aussieht.

Eine revolutionäre Strategie öffentlich zu machen und sie nicht umsetzen zu können oder keine zu formulieren und sich damit abzufinden, Feststellungen, Analysen und Geschichten darzulegen.

Wenn wir es ernst meinen, können wir nicht mit etwas anderem schließen als mit Überlegungen zur Methode, zur Methode beim Aufbau von Kräften, die die notwendigen Strategien entwickeln, tragen und handhaben können.

Die erste Überlegung bezieht sich auf die Frage des öffentlichen Raums und der Öffentlichkeit. Ein altes Vorurteil besagt, dass Handeln, »politisches« Handeln – denn so nennt man die Konfrontation zwischen zwei unvereinbaren Weltentwürfen – gleichbedeutend sei mit öffentlichem Handeln. Diese Idee ist gestorben. Der gleiche Mann, der die ägyptische Revolution von 2011 auslöste, indem er im Fernsehen unter Tränen von den Folterungen berichtete, die er gerade über sich ergehen lassen musste, Wael Ghonim, stimmte dem bereits im Jahr 2015 zu. Er, der Computeringenieur von Google, dessen Facebook-Seite den Arabischen Frühling ausgelöst haben soll, gibt zu, dass so etwas heute nicht mehr passieren könnte. Innerhalb von zehn Jahren haben die Machthaber den Rückstand aufgeholt. Sie haben diese Bedrohung weitgehend neutralisiert. Sie haben sie sogar zu einem Instrument der Kontrolle, der Erfassung, der Steuerung und der Unterdrückung gewendet. Wie eine ägyptische Bloggerin 2016 schrieb: »Die sozialen Medien werden immer wieder wegen ihrer Rolle im Arabischen Frühling, insbesondere in der ägyptischen Revolution, in den Vordergrund gestellt. Nun, ich denke, es ist an der Zeit, der ganzen Welt zu sagen, dass die sozialen Medien auch dabei sind den Arabischen Frühling töten.« (Zeinobia, »Egyptian chronicles: Egypt's Internet Trolls: The Union«) Wenn man dann noch die jüngsten Enthüllungen über die Pegasus-Software der israelischen Firma NSO hinzunimmt, wird nur allzu deutlich, dass der politische Aktivismus per Smartphone unter keinem guten Stern steht. Doch gerade in die sozialen Netzwerke hat sich im Wesentlichen die politische und vopolitische Arena verlagert. Hier werden Gesten und Worte zu Ereignissen – oder auch nicht. Hier werden die Kriege um Einfluss geführt. Es wäre falsch zu glauben, dass man daraus eine aktive Kraft aufbauen kann.

Die sozialen Medien sind nur noch ein einfacher Kriegsschauplatz, auf dem kurze Ausflüge unternommen und vorübergehende Breschen geschlagen werden können, und zwar von Kräften, die anderswo und auf andere Weise aufgebaut wurden. Und wo, mehr als je, alles gewusst wird. Das Licht der aktuellen Öffentlichkeit verdunkelt alles. Sich ihnen auszusetzen bedeutet, seine Position für nichts anzuzeigen. Dort kann keine Wahrheit mehr ans Licht kommen. Kaum, wenn, dann nur in Ausnahmefällen, kann dort die Lüge zerschmettert werden. Kritik reduziert sich im kybernetischen Regime auf eine einfache Rückkopplungsschleife, auf eine Funktion zur Stabilisierung des Systems. Es könnte sein, dass die traditionelle physische Demonstration selbst, die davon ausgeht, dass das Auftreten einer großen Zahl von Menschen im öffentlichen Raum allein schon eine politische Geste darstellt, eine veraltete Form ist. Das legt die Ohnmacht – abgesehen davon, dass man sich dort weniger allein als zu Hause fühlt – der Demonstrationen gegen den »Gesundheitspass« oder die Wiederholung der Samstagszüge der Gelbwesten nach dem anfänglichen aufständischen Moment nahe. Eine weitere schlechte Nachricht ist, dass der Glaube, man könne eine »Bewegung« aufbauen, wahrscheinlich ebenfalls überholt ist. Zumindest behauptet das



ACTIVISTIC MANIFEST

aus den Protestwellen im Establishment aus. Nun erscheint die
Originalübersetzung bei Sodenkamp & Lenz. | EIN AUSZUG



aus der zukünftigen Welt in der Tasche haben muss, haben sollte, ist diese Neuerscheinung. Jetzt frisch aus Lenz: DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.

der amerikanisch-iranische Soziologe Asef Bayat, wenn er die arabischen Revolutionen als »Nicht-Bewegungen« analysiert, die eine »Politik der Präsenz« zum Ausdruck bringen, in der das Leben selbst politisch ist, in der es nicht darum geht, sich auf irgendeine diskursive und demonstrative Höhe zu erheben, um wer weiß welche politischen Würden zu erlangen, von denen ein immer zweifelhaftes Prestige ausgeht. Bewegungen beruhen auf einem gemeinsamen Sich-Losreißen, Nicht-Bewegungen auf einer gemeinsamen Präsenz. Wenn es auch etwas unbestreitbar Politisches hat, wenn man sich bei dieser oder jener Einrichtung weigert, den »Gesundheitspass« zu kontrollieren, so steht die Umsetzung dieser Weigerung oft im Widerspruch zu ihrer Bekanntmachung, wenn man nicht riskieren will, dass die Bar durch eine Razzia der Polizei vernichtet wird, welche sich für diese Frechheit rächen will – wie es im Herbst 2021 im 20. Arrondissement von Paris geschah. Die Scheidung also von Politik und Öffentlichkeit. Angesichts der vielen Unwahrheiten, zu denen ihre Gleichsetzung im Laufe der Jahrhunderte geführt hat, ist das eigentlich eine ziemlich gute Nachricht. Wir sind in solchen historischen Umständen, in denen diejenigen, die revolutionär handeln wollen, sich davor hüten müssen, dies auch zu zeigen, und diejenigen, die sich als Revolutionäre

bezeichnen, damit nur beweisen, dass sie aufgegeben haben, es tatsächlich zu sein.

Die zweite Überlegung, die sich aus der vorherigen ergibt, ist die Notwendigkeit, sich die Kunst der Verschwörung wieder anzueignen. Die ersten Formen der Arbeiterorganisation im 19. Jahrhundert waren konspirativ. Doch der ideologische Sieg des Marxismus, der sich ganz auf seine Strategie der Eroberung der Macht durch Wahlen und sein Werk der wissenschaftlichen Bewusstseinsbildung konzentrierte, hatte zur Folge, dass die notwendigerweise konspirative Dimension jeder konsequenten subversiven Aktivität verdrängt wurde. In Wirklichkeit verschwand diese Dimension nie, aber man musste sie verleugnen. Lenin nahm ohne Kenntnis und unter Missbilligung des Zentralkomitees seiner eigenen Partei das Geld aus Raubüberfällen entgegen, mit dem er sich finanzierte. Man muss sich nur die entscheidende Rolle des Untergrundkämpfers Jean Jérôme in der Geschichte der Kommunistischen Partei Frankreichs nach 1945 ansehen, um zu erkennen, dass die öffentlichen Hierarchien selten der tatsächlichen Macht entsprechen. (...) Mehr denn je ist man in diesen Zeiten entweder Teil des Problems oder Teil der Lösung. Und mehr denn je ist Verschwörung Teil der Lösung. Konspiration, nicht als Mätzchen und Geheimnistuerei derer, die anderen signalisieren wollen, dass sie dazugehören, sondern als ethische Kontinuität, die den wahrhaftigen Beziehungen zwischen Wesen innewohnt, als absolute Barriere für die kybernetische Erfassung dieser Beziehungen. Nur von diesem Boden aus können der Mut und die Entschlossenheit entspringen, nicht länger die äußeren Vorschriften und Regeln der Welt der Kosmokraten zu befolgen. »Das ›Gute‹ des Widerstands [...]: Das war diese große geteilte Seele. [...] Wir waren etwa zwanzig, die mit offener Seele lebten« (Jacques Lusseyran, Das wiedergefundene Licht, 1953). Das »Gute« der Gelbwesten waren die tagsüber demonstrativ besetzten Kreisverkehre und die nachts diskret kaputtgemachten Radarfallen. Die einzige notorische Schwäche konspirativer Aktivitäten ist die Flanke, die sie der Infiltration bietet. Angesichts dessen ist das Heilmittel die Vervielfachung der Verschwörungen – dass es so viele gibt und dass sie so vielfältig und weit verbreitet sind, dass keine von ihnen so entscheidend sein kann, dass ihre Unterwanderung den Untergang aller bedeutet. Victor Serge bemerkte seinerzeit, dass »es keine Kraft auf der Welt gibt, die die revolutionäre Flut eindämmen kann, wenn sie anschwillt, und dass alle Polizeitechniken, wie machiavellistisch, wissenschaftlich und verbrecherisch sie auch sein mögen, so gut wie machtlos sind« (Was jeder über staatliche Repression wissen sollte, 1925). (...)

Dritte Überlegung: Wenn Verschwörung bedeutet, einen gemeinsamen Geist zu teilen, dann können wir uns nicht an das

polizeiliche Regime der etablierten Identitäten halten. Es ist offensichtlich für die Herren dieser Welt die wichtigste Technik zur Zerstreuung der gegnerischen Kräfte und damit zur Aufrechterhaltung der Ordnung, für ihre wasserdichte Separierung zu sorgen. »Frauen« gegen »Männer«, »Europäer« gegen »Muslime«, »Bauern« gegen »Stadtbobos«, »Intersektionale« gegen »Cis-Gender«, »Radikale« gegen »Moderate« und warum nicht auch »Antivalidisten« gegen »Validisten« – es wird unermüdlich und methodisch an der Zwiebrat gearbeitet, damit jeder an seinem Platz bleibt. Ein System, dass bar jeglicher Prinzipien ist, beschuldigt die, die sich begegnen, unaufhörlich, sich selbst zu verraten. Diese Erpressung ist lachhaft.

(...) »Schön wie ein schmutziger Aufstand«, sagte ein Graffiti von Samstag, dem 24. November 2018, auf den Champs-Élysées. Predigten der Reinlichkeit waren immer schon die Signatur der großen Korrupten. Alle Gewerkschaften des schlechten historischen Gewissens, die ihr aktivistisches Kapital daraus ziehen, dass sie im Namen der Unterdrückten sprechen, die sie schon lange nicht mehr sind, und auf dem Grund christlicher Schuld, die im Herzen jedes Linken schlummert, herumwerkeln, sind zu den Agenten der Ordnung zu zählen. Sie ziehen daraus übrigens erhebliche symbolische Gewinne. Die Freude der Verschwörung ist die Freude der Begegnung, der Entdeckung von Brüdern und Schwestern, selbst dort wo man es am wenigsten erwartet hätte. Soziale Kategorien sind nicht real. Real an ihnen ist nur die Hartnäckigkeit, sie durchzusetzen und sich ihnen anzupassen. Sie zu benutzen, um die Einzigartigkeit von Menschen zu leugnen und ihre eigene Art, mit ihnen umzugehen, mit Füßen zu treten, ist entweder niederträchtig oder ungehobelt, oder beides. Die Welt besteht aus Prozessen und Beziehungen, nicht aus Subjekten und Prädikaten. In Paris strömen wir am zweiten Samstag der Gelbwesten in Massen die Champs-Élysées hinunter. Wir wollen natürlich auf den Élysée-Palast marschieren. Eine Linie mobiler Gendarmen hindert uns daran. Eine Marseillaise erklingt. Sie ist an die Adresse der Behelmteten gerichtet. Sie sagt ihnen ganz unbefangen: »Kommt schon Jungs, kommt mit uns. Lasst uns durch. Wechselt die Seiten. Wir sitzen im gleichen Boot.« Natürlich ist das eine kindliche Illusion, auf die ein Cumulonimbus aus Tränengas antwortet. Wir laufen auseinander. Einige speien. Alle weinen. Eine Viertelstunde später, nachdem sich die Giftwolke

verflüchtigt hatte, drängte sich die gleiche Menge erneut gegen dieselbe Linie von Gendarmen. Eine zweite Marseillaise erhebt sich, nur dass diese hier sagen will: »Mit eurem Blut werden wir unsere Furchen tränken. Ihr seid rüddige Hunde. Wir werden euch fressen.« Ein feiner Abgrund trennt diese beiden Lieder. Es kommt auf die Art und Weise an. Eine Marseillaise ist nicht zwangsläufig eine Marseillaise. Wie ein Bella Ciao nicht zwangsläufig ein Bella Ciao ist. Selbst ein Regierungsfunktionär ist nicht zwangsläufig ein Regierungsfunktionär. Nichts gleicht dem anderen. Hätte man sich zu Beginn der Résistance daran gehalten, wer katholisch und wer protestantisch, wer kommunistisch und wer anarchistisch, wer französisch und wer armenisch, wer republikanisch und wer monarchistisch, wer Arbeiter und wer Akademiker ist, hätte man Mut zu nichts gehabt. Tatsächlich halten die prekären Barrieren des Ichs den gemeinsam eingegangenen Risiken kaum stand. Erst in der Praxis, in der Bewährung, zeigt sich, mit wem man sich zusammentun kann und wen man fernhalten sollte. Entscheidend ist, dass man nicht zulässt, dass unbemerkt ein De Gaulle auftaucht und behauptet, die Gesamtheit der Konspiration zu repräsentieren. Unsere Zeit ist ausgesprochen reichhaltig an solchen regungslosen Deserteuren, die bis hinein ins Herz des gegnerischen Apparats wohnen. Nichts hält mehr. Überall gibt es potenzielle Snowdens. Aber die versteckten Gerechten tragen kein Abzeichen. Man muss das Risiko eingehen, ihnen zu begegnen, enttäuscht oder entzückt zu sein. Es hat keinen Sinn, Maquisarden und Marranen gegeneinander auszuspielen. Es gibt überall Deserteure im Geiste. Das Wichtigste ist, dass es gelingt, das soziale Eis zu brechen. Die Bedingungen für die Möglichkeit einer Kommunikation von Seele zu Seele zu stellen. Kurz gesagt, es schaffen, einander zu begegnen. Und somit eine konspirative Ebene bilden, die sich immer weiter ausdehnt, verzweigt, komplexer wird, sich vertieft. Vor allem der Versuchung widerstehen, sich in einer Gruppe zu verschließen, in einer Einheit, die sich ihrerseits von außen begreift. Gruppen sind nur dazu gut, das zu verraten, wofür sie gegründet wurden.

**Mit Maquis also.
Mit Hochburgen.
Mit entscheidenden Begegnungen.
Mit Methode, Hartnäckigkeit
und Umsicht.
Mit verlässlichen Verbündeten.
Einem Zustand, der sowohl
diasporisch als auch konzentriert ist.
Mit gewagten Angriffen
auf logische Ziele.
Und der Gewissheit, dass wir
das endlich siegreiche Leben sind.**

Der NEUE DW-Kalender ist DA!

KALENDER 2023

Unser Widerstand in Aktion und in Farbe. Fotografien von Georgi Belickin von den Demonstrationen der Demokratiebewegung 2022. Zwölf Monate (na klar!), aber 14 Seiten, Din A3, 15,- Euro (inkl. Versand)

DER NEUE DW-KALENDER 2023 IST ZU BESTELLEN AUF
DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



Die Schönheit unseres Sieges entfaltet sich | Fortsetzung vom Titel | Von Anselm Lenz



Wir hatten uns einen Überblick verschafft und waren hinabgestiegen vom vergangenen Gipfel, gingen in die Wälder und versammelten uns zum überwältigenden Tross der Wahrhaftigen und Guthertigen, die dort seit langer Zeit überlebt haben und heute fast schon vernichtete Weisheiten hegen. Es ist ein rührendes Werk voller geheimer Stärke, dass sie vollbringen, mit innerer Größe, die die Jahrhunderte himmelweit überragt.

Der Tross zieht und es ist nur einer von Tausenden. Auf unserer Reise durch Klammern und auf Auen, in Wildbächen und über Flöze. Nicht die Tiere, die schmalen Grate, die Strömungen, die Unwetter, knietiefer Moraste oder giftige Pilze – heute wissen wir, dass die einzige Gefahr für uns Menschen Menschen waren, jene, die wir auf den Bildschirmen in den Städten gesehen hatten. Eine von uns nennt sie »Echsen«, so kaltblütig, fast ganz leer und starr sind sie. »Und dafür, dass sie sie Echsen nennt, wurde sie Hexe genannt und zu uns verjagt. Wir sind das Volk!«, deklamiert ein IT-Experte im Tross unserer Bewegung.

In diesem Tross trafen wir auch den Derwisch. Er ist wohl ein Edler, ein hoher Ritter, der seine Rüstung behände trägt, so ward er uns vorgestellt. Er trägt zwei Narben mit Würde. Der Derwisch macht uns mit seiner Reiterei und den Bogenschützen bekannt. Sie alle haben ein besonderes Wissen voller Logik und Sanftmut, so viel rationaler und zugleich herzlicher als die Gesichter der Bildschirme und das Geflüster der Hofnarren.

Auch der Alte war unter ihnen im Tross und er grummelte seine weisen Worte

am Kesselchen. Er sprach immer solide, berechenbar, vorhersehbar. Aber seine große Zukunft lag bereits in der Vergangenheit. Er hatte zu lange auf seine Beförderung warten müssen und war schon länger nicht mehr zufrieden. Keiner weiß, warum. Doch das Kräuterweib kümmert sich um ihn und bringt ihm frische Kleidung.

Wir können auch die
Trompete blasen
Und ichmettern weithin
durch das Land;
Doch ichreiten wir lieber
in Maientagen,
Wenn die Primeln blühen
und die Drosseln ichlagen,
Still sinnend an des Nachhef Rand.

Theodor Storm
(zitiert nach Kurt Tucholsky. Gesammelte Werke,
Anaconda, Köln 2018)

Ein starker Kämpfe: Unser Freund, der Türke. Kein bisschen dümmer als wir zwei und immer einen flotten Spruch auf den Lippen. Er wusch unsere Schuhe in der Elz vor dem letzten Anstieg und knuffte uns die Schultern. Sein Dichterfreund war klug – altklug und langsam – doch der Türke belächelte ihn gnädig und packte ihm die Satteltasche, wenn er sich mal wieder auf einer Lichtung beim Aufsagen alter Reime verzettelt hatte. Wir feierten den Türken, nahmen ihn in unsere Mitte, Schulter an Schulter, und lauschten dem Dichter, auch wenn es wirklich langweilig wurde. Dann zwinkerten wir einander zu und applaudierten, um endlich gemeinsam zu essen. Auch ein hartes Brot kann uns speisen.

Daran denke ich und an die Kämpin aus Österreich mit ihrem diplomatischen Geschick, die Lauenburgische schöne Ritterin, die Stille, und dann an die Übersetzerin, die immer auf irgendeinem Ast sitzt und uns winkt, wenn wir das Feuer nicht gezündet bekommen und dann verschwindet, nur, um wieder aufzutauchen mit trockenem Zunder. Wir waren durch die Gestade des Sees gewatet und hatten uns im Schilf verborgen. Alles war nass; ist sie eine Elfe?

Die Elfe half auch, als wir bei Valendas und Versam die Rheinschlucht überwinden mussten, um nach Küssnacht und Immensee zu gelangen, wo wir die Fürsten zu ihrem Gipfel erwarteten, um ihnen unsere Zeitung darzubringen und sie für immer abzusetzen: »Ein Spinnrad für die Märchenprinzessin!«, »Höflinge und Eunuchen zu Haushaltshilfen für bedürftige Familien« und: »Dem Höfling einen Job beim Fährmann für das Abreißen der Karten!«. Die besten Gaukler und Amazonen sind unter uns, im Wald, und jede von ihnen weiß, dass wir immer noch ein Geschlecht mehr haben können als der Feind, aber Eins plus Eins

trotzdem Drei ergeben kann. Bei uns leben wir mit Kindern, mit Müttern und Vätern und am besten sind sie zusammen.

Doch zuerst waren die Schweine durch die Hohle Gasse gekommen, getrieben vom Ebermann, der mit gurgelnder Stimme hinter seiner Kinderschändermaske immer und immer wieder aus seinen endlosen Briefen an die Leser zitierte – mit Sätzen wie diesen: »Dieser Deutsche mit seinem Dreck!« Doch ich hörte ihn kaum aus den Wipfeln und verwarf ihn und sein trauriges europäisches Seereich von Hawaii bis in die Kiewer Rus. Es ist einfach zu viel salziges, unwirtliches Wasser dazwischen und die feuchte Aussprache des Ebermannes ronn vom Kinn in den Boden der Maske und gerann zu gelblichem Sud. So verschwand er bald mit den Schweinen in einem Stall, erstmal eine rauchen, Maske ab.

Der Nebellichtet sich und »weiter, hinab zum Kampfe«, stößt mich Hendrik Sodenkamp an. Mein Blick richtet sich wieder nach vorn: »Aufstehen, Du Held!« Wir schreiten hinab auf federnden Knien ins Tal, um die erste und die letzte Rolle zu entfalten. Der Pfad führt durch einen Kirschgarten und wir laben uns süß, nehmen einander in Arme, schlagen uns auf die Rücken und halten die Wangen aneinander vor Freude.

SOFORTIGES ENDE DER MASSNAHMEN
DER KRONE AUCH IN DEUTSCHLAND!

Wiedereinhaltung des grundlegenden Gesetzes in Wortlaut und Sinn! Denn die grundlegenden Gesetze sind die Abwehrrechte des Volkes gegen die Fürsten!

Eine Wahl aus dem Volk und für das Volk. Volksabstimmungen über alle grundlegenden Angelegenheiten wie Goldtaler, militärische Bündnisfreiheit, Abspaltung vom finsternen Seereich und Abzug der Besatzer, Armenspeisung und ehrenamtliche Volksvertreter!

Die Erneuerung des grundlegenden Gesetzes vom Volk und für das Volk mit jederzeit und schnell einklagbarem Wirtschafts- und Sozialkanon für Jedermann in unserer Nation. (Vergleiche NichtOhneUns.de)

Und so muss unsere Revolution, die am 28. März 2020 begann, diesmal zuerst in China vollendet werden, bis auch wir bemerken werden, was uns seit bald drei Jahren glückt. Hendrik Sodenkamp spuckt in hohem Bogen einen Kirschkern aus. Seit Wochen stehen unsere Brüder und Schwestern auf.

»Massendemonstration in der chinesischen Hauptstadt, massive Revolten in Wuhan, Schanghai, Tschengtschau und fast allen Regionen und Großstädten des Landes. China steht konsequent auf gegen das Corona-Regime.



VOM GESICHT DER ERLÖSUNG

KOLUMNE CHRISTEN
IM WIDERSTAND
von Dr. Gert Zenker

Es ist etwas Wunderbares anzukommen, wenn der Weg ein Ziel hat und ein Mensch sich auf Ankunft freut. Sei's die eigene irgendwo, an einem inneren Ort, der ihm Heimat bedeutet, oder die Ankunft eines anderen, der seinem Leben einen Hauch von Erlösung schenkt.

Ein Vater wartet am Tage vor dem Heiligen Abend am Bahnsteig auf die Ankunft seiner Tochter, die er viele Jahre, seit ihrer Kindheit, nicht mehr gesehen hat. Eine schwangere junge Mutter erwartet noch kurz vor Weihnachten die Ankunft ihres Babys. Eine alte Frau im Pflegeheim freut sich auf den ersehnten Besuch ihres Sohnes. Da hat Ankunft ein Gesicht. Manch einer wartet schlicht auf Erlösung – von allem, was ihn schwer bedrückt in seinem Leben. Solche Sehnsucht ist geradezu eine Wesensbestimmung des Menschen.

Das Weihnachtsfest verdanken wir der christlichen Überlieferung, alle Umdeutung geht letztlich ins Leere. Weihnachten meint ein tief inneres, kindliches Beteiligtsein, Ergriffensein und Angesprochenwerden von einer höheren Kraft, die mein Herz berührt, um mein Vertrauen wirbt.

HÖRET
DIE BOTSCHAFT

Ein Choral ist mehr als nur ein schöner Klang, das Krippenspiel am Heiligen Abend, von unseren Kindern aufgeführt, mehr als ein Theaterstück. Wer das Beschauliche, Friedvolle sucht, lässt sich das zum Christfest vielleicht in der Kirche bieten, auch wenn er sonst das ganze Jahr dort nicht hingeht.

Und nun schnell die innere Maske, den Abschalt-Filter heraus: »Glaube und Gott gehen mich nichts an« – also kein Interesse an der Substanz des Ganzen? Dann hört einer die Botschaft (Lukas 2, 1-21) und hört sie nicht, sieht das Spiel von Christi Geburt und sieht es nicht, hat alle seine Vorurteile mitgebracht, nur ein paar Äußerlichkeiten wahrgenommen, letztlich nichts gehört, nichts gesehen.

Dabei war er doch ungeahnt selbst mit in dem Spiel, hat als Hirte vor der Krippe die Knie gebeugt mit seiner Sehnsucht nach Heimat, nach einem Gesicht der Erlösung. Im Herzen die Freude: Gott ist Mensch geworden, hat sich mir gezeigt.

Dr. theol. Gert Zenker. Herausgeber der WendeBlätter 2020 (www.wb2020.de)

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

Bankier

N26

Revolut

Sparisbank

Skatbank



ZEITUNGSWUNDER 20/21/22:
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 20 Millionen in 115 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 31 vom 24. Dezember 2020.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

Fortsetzung auf Seite 15

14

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



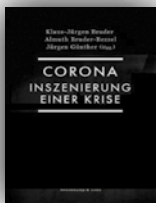
CHRONIK EINER ABRECHNUNG.
Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmsimus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE.
Prof. Klaus-Jürgen Bruder,
Prof. Almuth-Bruder Bezzel,
Dr. Jürgen Günther (Hgg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-5-3



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN?
Gunner Kaiser (Hg)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA.
Erster Band. Die Erkenntnisse des
Corona-Ausschusses
Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan
(Hgg.), Sodenkamp & Lenz
Verlagshaus, ISBN: 978-3-9822745-1-5



MINIMA MORTALIA
Reflexionen über den Tod
in in der Moderne
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-0-8



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIE-
TIEBEWEGUNG 2020/21**
Redaktion: Casey Koneth mit
Beiträgen von u.a. Beate Bahner,
Robert F. Kennedy Jr., Daniele
Ganser, Prof. Giorgio Agamben
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



**JAHRES-CHRONIK DER DEMOKRATIE-
BEWEGUNG 2021/22**
Redaktion: Casey Koneth mit
Beiträgen u.a. von Nina Adlon,
Prof. Hans-Jürgen Bandelt,
Ken Jepsen Milosz Matuschek
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-4-6

Fortsetzung von Seite 14

»Sonnenüberglänzter Wind
geht drüber hin,
die Grafbüschel werden hin-
und hergerissen,
pflaumenblau ziehen sich
da hinten die Wälder entlang.
Die Chauffee läuft
ein Stückchen bergan,
dann ist sie von der Kuppe
gerade abgegeschnitten
und führt in den Himmel.
Zwei solcher Treppen
gibt es in Versailles.«

(Aus: Kurt Tucholsky: Dänische Wälder.
In: Kurt Tucholsky – Gesammelte Werke,
Anaconda, Köln 2018, S. 254)

In mehreren Städten zerstörten die Bürger
konsequent und mit dem dafür notwendigen
Gewalteinsatz biopolitische Anlagen, PCR-
Testbuden, Injektionszentren, Zonen-
Barrieren, 5G-Türme, Stechuhren und
Überwachungskameras. Die Aufstände in
China laufen seit Wochen. Die revolutionäre
Konsequenz des Volkes gegen das Todes-
spritzenregime begann mit der Revolte von
Tschengtschau. Das chinesische Corona-
Regime galt mit der BRD und Australien als
das grauenhafteste der Welt.« So heißt es.

GEDICHTE GEGEN DIE VERORDNETE VERÖDUNG DES LEBEN

Werner Köhne, der Hausphilosoph des Demokratischen Widerstands hat ein
neues Buch verfasst. | INTERVIEW zwischen Verleger und Autor.

Herr Köhne, Sie sind Doktor der Philosophie, haben jahrelang für Arte Dokumentarfilme gemacht und Radio-features für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Jetzt haben Sie eine »Corona-Litanei« geschrieben. Was kann man sich darunter vorstellen?

Werner Köhne: Als ehemaliger Klosterschüler und Internatszögling ist mir die Litanei bedrückend in Erinnerung geblieben: Es ist ein in dumpfem Singsang gehaltenes Unterwerfungsritual, wobei der Mensch aus dem irdischen Jammertal Gott und die Heiligen anruft, um von ihnen Gnade und Segen zu erbetteln. Seltsamerweise erinnert mich das Corona-Szenario, das vielfach als ein Sprachritual aus Verordnungen, Verwaltungsakten, Maßregeln und Panikmache auftrumpft, an diese Kindheits-erlebnisse. Besonders, was die penetrante Art angeht, mit der die Manipulateure am Begriff des Lebens uns anstelle von Wahrheit blinde Gläubigkeit, statt individueller Vielfalt eine Art »völkische« Uniformität einimpften.

Warum in Form von Gedichten? Warum kein informatives und aufklärendes Sachbuch? Das würde sich doch in deutlich größerer Auflage verkaufen.

Wenn wir etwas schmerzhaft erfahren mussten, dann die Erkenntnis, dass eine noch so fundierte Aufklärung auf Blockade und Verbohrtheit stieß – und ein herrschaftsfreier Diskurs nie zustande kam. Irgendetwas abgründig Kafkaeskes vereitelte fast jeden Versuch der Verständigung. Ratio war passé. Der Traum des Gummersbacher Philosophen Habermas von der idealen Sprechsituation wurde zum Zerrbild von Kommunikation. Es regierte nur noch der Hintergedanke. Gedichte hingegen erlauben sich die Freiheit, Blockierungen zu überwinden und ästhetische Grenzerfahrungen, die der Verstand einfach nicht erreicht. zu thematisieren So gestaltet

(Siehe: t.me/DemokratischerWiderstandTelegram/7220)

Im Ort nehmen wir unsere leichten Reise-
stiefel ab, stellen das Schwert zum Kamin
und setzen uns nach jahrelangem Marsch
zur Wirtin auf die hölzerne Bank. »Habt
ihr was rausgekriegt«, will sie wissen.
Und so erklären wir, was wir tun, warum
wir es tun, und warum wir niemals weichen
werden, bis unser langer Kampf für Demo-
kratie gegen das Unglück siegreich voll-
endet sein wird. Sie nickt, als habe sie es
geahnt, und bringt uns Tee, als bereits eine
erste Schneeflocke auf unsrem Land ein-
trifft. Wir heißen sie willkommen, denn das
Weihnachtsfest ist bei uns am schönsten.

»Bis zum umfassenden Sieg!«, prosteten wir
inbrünstig und schlugen die Tassen aneinander,
dass es schwappt. Und wir stoßen auf Michael
Ballweg an, auf Hecker, auf Struve, auf den
Derwisch und die Ullis und die Ernsts. Auf
Siebenpfeiffer, auf Luxemburg, auf Jünger, das
Unsichtbare Komitee und Angela Davis, auf
den Armin in Detmold und auf uns. Wir wollen
den ganzen Sieg und wir werden ihn voll-
ständig erlangen. Es hat gerade erst begonnen.

(Vergleiche E-Paper-Archiv dieser Wochenzeitung, #DW1 vom 17. April 2020 bis #DW115 vom 17. Dezember 2022: demokratischerwiderstand.de)

Dieser Text erschien zuerst als Lesung auf
apolut.net.

sich ja auch dieser Gedichtband. Im ersten
Teil geht es darum, sprichwörtlich in die Ein-
geweide der Corona-Maßregelsprache durch-
zustoßen und diese in ihrem Zynismus und
ihrer Gewalt offenzulegen und so der Ver-
ödung der Sprache eine Poesie entgegenzu-
setzen, die in diesen Zeiten für mich nur als
Elegie möglich wird. Es geht um Momente
des Scheiterns, aber auch um Augenblicke des
Glücks.

Sie schreiben im Vorwort zu Ihrem
Gedichtband: »Die im Dunst von Corona
sich etablierende Sprachwelt entfremdet
uns von unseren eigenen Erfahrungen.«
Woran machen Sie das fest? Und was meinen
Sie mit »Poesie des Lebens«?

Es gehört vielleicht zu den irritierendsten
Ein-sichten, dass der Mensch in den letzten
zwei Jahren allein auf den Status eines Patien-
ten ohne Vergangenheit reduziert wurde – auf
ein Objekt jenseits von freier Selbstbestim-
mung. Er ist sich als beseelter Körper fremd
geworden und hat so auch zu leben verlernt.
Deshalb seine Panik vor dem Tod, die alles an
Leben unter sich begräbt.

Der Philosoph Peter Strasser hat das so tref-
fend beschrieben: Wir haben die Lust am
Leben eingetauscht gegen die Gier, nicht ster-
ben zu müssen.

Das sollten immer mehr Menschen
erkennen. Machen Sie auch Lesungen
und wenn ja, wie kann man in Kontakt
mit Ihnen treten?

Ich mag Lesereisen – und lasse mich gern
entsprechend einladen. Man kann sich dazu
beim Verlag melden – aber auch bei mir unter
der Nummer 0173/2727590.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.



SPORT MIT BERTHOLD

FURIOSES WM-FINALE:
WEITER QUERDENKEN!

Das Momentum und der absolute Glaube, das Spiel und damit die Fußballweltmeisterschaft 2022 zu gewinnen, waren von Beginn an auf der Seite der Argentinier. Das war auch meine Prognose. Dazu kommt auch, dass die Energie der argentinischen Fans sich auf die Mannschaft sichtbar übertragen hat.

Im Turnierfinale in Katar trafen die
Mannschaften aus Frankreich und
Argentinien aufeinander, nach 45
Minuten stand es 2:0 für Argenti-
niern, nach 90 Minuten 2:2, nach
der Verlängerung 3:3. Das Elfme-
terschießen gewann Argentinien
souverän. Nach dem Spiel hat
jeder argentinische Spieler von sei-
ner Familie und den Fans gespro-
chen. Das Finale hat an Dramatur-
gie alles geboten, was den Fußball
ausmacht, besser geht es nicht. Ein
weiterer Vorteil im Elfmeterschie-
ßen: der Torhüter der Argentinier,
der im Turnier schon bewiesen hat,
dass er ein Elfmeterkiller ist.

Meine Gesamtbewertung des Tur-
niers fällt sehr positiv aus: super
Stadien, hervorragende öffentli-
che Transportsysteme, kurze Wege
für die Fans zu den Stadien. Keine
Fankrawalle. Beste Temperaturen
für die Spieler und tolle TV-Stu-
dios. Was gefehlt hat, war die Fuß-
ballstimmung der Bevölkerung im
Land. Das war aber nicht anders zu
erwarten, da es ja keine Fußballtra-
dition in Katar gibt.

WIE LANGE LASSEN WIR
UNS DAS GEFALLEN?

Zurück nach Deutschland, wo nach
wie vor versucht, wird, die Injektio-
nen weiterzutreiben. Ob die Corona-
Sause vorbei ist, wird sich noch
zeigen, da bin ich mir nicht sicher.
Möglich: Es taucht der Marburg-
Virus oder Corona 2.0 reloaded
auf. Mal sehen, was so passiert in
unserem Land. Die Querdenkersze-
ne muss komplett rehabilitiert wer-
den, da alles eingetreten ist, was
vorausgesagt wurde. Das wird aber
politmedial nicht geschehen, da die
Öffentlich-Rechtlichen sich diesen
Schuh nie anziehen werden.

Apropos Winter, Schneefall bei
uns und Klimaerwärmung passen
nicht ins Programm, da wird sicher
der Krieg und die Energiekrise als
nächste Sau durchs Dorf gejagt. Ich
frage mich immer, wie lange sich
die Deutschen das alles gefallen las-
sen, denn das Leben wird für die
Anständigen und Arbeitswilligen
immer schlechter.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballwelt-
meister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert und 2021 ausgebaut. 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 117 erscheint am 7. Januar 2023.

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON + E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin